



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

78. Sitzung

5. Wahlperiode

Freitag, 25. September 2009, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm  
und Vizepräsident Hans Kreher

<b>Inhalt</b>	Raimund Frank Borrmann, NPD .....	14, 18
	Ute Schildt, SPD .....	16
	Jochen Schulte, SPD .....	20
<b>Eidesleistung eines stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichts</b> .....	<b>B e s c h l u s s</b> .....	21
Fabian Rüsçh .....		3
<b>Antrag der Fraktion DIE LINKE: Zukunft ländlicher Räume in Mecklenburg-Vorpommern sichern</b> – Drucksache 5/2788 – .....	<b>Antrag der Fraktion der FDP: Bologna-Prozess optimieren</b> – Drucksache 5/2772 – .....	21
	Hans Kreher, FDP .....	21, 25
	Ilka Lochner-Borst, CDU .....	22
	Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE .....	23
	Birger Lüssow, NPD .....	24
<b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b> – Drucksache 5/2821 – .....	<b>B e s c h l u s s</b> .....	26
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE .....		3
Minister Dr. Till Backhaus .....		5
Beate Schlupp, CDU .....		8
Toralf Schnur, FDP .....		9
Ute Schildt, SPD .....		9
Raimund Frank Borrmann, NPD .....		11
Helmut Holter, DIE LINKE .....		12
<b>B e s c h l u s s</b> .....		14
<b>Antrag der Fraktion der NPD: Erarbeitung einer Konzeption zur Überwindung der strukturellen Krise und des ökonomischen Zusammenbruchs der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern</b> – Drucksache 5/2782 – .....	<b>Einspruch des Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD, gegen den Ausschluss von der 75. Sitzung des Landtages</b> .....	26
	<b>B e s c h l u s s</b> .....	26
	<b>Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT</b> .....	26
	Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung) .....	27
	Raimund Frank Borrmann, NPD (zur Geschäftsordnung) .....	27
	<b>B e s c h l u s s</b> .....	27

**Aussprache zum Thema****Nichtannahmeentscheidung des****Bundesverfassungsgerichtes 2 BvR 2179/09** ..... 27

Heinz Müller, SPD ..... 27, 32

Michael Andrejewski, NPD ..... 30

**Nächste Sitzung**

Mittwoch, 21. Oktober 2009 ..... 33

**Beginn: 9.03 Uhr**

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich begrüße Sie zur 78. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Meine Damen und Herren, ich möchte recht herzlich unserem Kollegen Dr. Harald Ringstorff zu seinem 70. Geburtstag gratulieren.

(lang anhaltender Beifall  
bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –  
Gratulationen)

Meine Damen und Herren, ich verbinde diese Glückwünsche mit dem Dank an die langjährige Arbeit als Minister, Ministerpräsident und als unser Abgeordneter und wünsche dem Abgeordneten Dr. Harald Ringstorff viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34:** Eidesleistung eines stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichts.

#### **Eidesleistung eines stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichts**

Meine Damen und Herren, wir haben am Mittwoch unter Tagesordnungspunkt 6 ein stellvertretendes Mitglied des Landesverfassungsgerichts in geheimer Wahl bestimmt. Der Ministerpräsident des Landes hat dem Gewählten heute die nach Paragraph 4 Absatz 3 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes vorgesehene Urkunde ausgehändigt. Herr Fabian Rüscht hat hier im Saal Platz genommen. Ich heiße Sie im Namen des gesamten Landtages herzlich willkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Der Gewählte hat mir gegenüber schriftlich erklärt, dass er die Wahl annimmt.

Nach Paragraph 9 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes haben die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts und deren Stellvertreter vor Aufnahme ihres Amtes in öffentlicher Sitzung des Landtages den für Richter des Landes vorgesehenen Eid zu leisten. Dieser Eid ist in Paragraph 4 des Landesrichtergesetzes festgelegt.

Zur Vereidigung bitte ich nun Herrn Rüscht, zu mir zu kommen und den Eid zu leisten. Der Eid kann mit der religiösen Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ oder ohne sie geleistet werden. Ich bitte das stellvertretende Mitglied des Landesverfassungsgerichtes Fabian Rüscht, den vorgesehenen Eid zu leisten.

(Die Anwesenden erheben sich  
mit Ausnahme des Abgeordneten  
Udo Pastörs von ihren Plätzen.)

Ich schwöre,

**Fabian Rüscht:** Ich schwöre,

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland,

**Fabian Rüscht:** das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland,

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und getreu dem Gesetz auszuüben,

**Fabian Rüscht:** getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und getreu dem Gesetz auszuüben,

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.

**Fabian Rüscht:** nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** So wahr mir Gott helfe.

**Fabian Rüscht:** So wahr mir Gott helfe.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Ich möchte Ihnen an dieser Stelle die Glückwünsche des Hauses zur Wahl und Annahme des mit Sicherheit nicht einfachen Ehrenamtes aussprechen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit sowie stets ein wachsames Auge und weise Entscheidungen bei der Auslegung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

**Fabian Rüscht:** Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –  
Gratulationen)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Zukunft ländlicher Räume in Mecklenburg-Vorpommern sichern, Drucksache 5/2788. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2821 vor.

#### **Antrag der Fraktion DIE LINKE: Zukunft ländlicher Räume in Mecklenburg-Vorpommern sichern – Drucksache 5/2788 –**

#### **Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/2821 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Fritz Tack,** DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Etwa 85 Prozent der Menschen in unserem Lande leben in ländlichen Räumen. Diese Regionen sind in ihrem Entwicklungsstand und in der Lebensqualität, die sie ihren Bewohnern bieten, sehr differenziert. Die ländlichen Räume prägen mit der Kulturlandschaft das Gesicht unseres Bundeslandes. Sie sind zugleich Arbeitsfeld, Erholungsraum, Wohnraum, Kulturraum und vieles andere mehr.

In diesem Gremium muss ich über die Bedeutung der ländlichen Räume in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr ausführen. Unser Antrag umfasst die Fragestellungen: Welchen Anforderungen sollte eine Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume in der Zukunft gerecht werden und haben wir eine zukunftsfähige Entwicklungspolitik in unserem Land für die ländlichen Räume?

Auch wenn die Bundesregierung bisher mehr Bekenntnisse zum ländlichen Raum als Konzepte und konkrete Maßnahmen geliefert hat, sind die Ergebnisse des Bundeswettbewerbes „Regionen Aktiv“ in der Müritzregion und die Erfahrungen und Empfehlungen des kürz-

lich beendeten Modellvorhabens des Bundesverkehrsministeriums „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ aus der Region Stettiner Haff unseres Landes sehr geeignet, Antworten für eine zukunftsfähige Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume in unserem Lande zu finden. Vor allem den Akteuren in den Regionen und in den Netzwerken ist es zu danken, dass zahlreiche Projekte erfolgreich durchgeführt werden konnten.

Das Agrarministerium hat kürzlich festgestellt, dass seit 1991 rund 1,3 Milliarden Euro in die ländlichen Räume geflossen sind und damit Gesamtinvestitionen in doppelter Höhe ausgelöst wurden. Vielerorts kann man die Ergebnisse dieser Förderungen in Form von schönen Häusern und Dörfern, guten Straßen, wichtigen Umweltprojekten und leistungsfähigen Landwirtschaftsbetrieben sehen. Die Flurneuordnung, die Dorferneuerung und der ländliche Wegebau schaffen und sichern ebenfalls Arbeitsplätze. LEADER-Maßnahmen, der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft – Unser Dorf soll schöner werden“, die Unterstützung des Tourismus auf dem Lande, der Landfrauen und der Landjugend sind ebenso Bestandteile der Entwicklungspolitik für die ländlichen Räume.

Diese und andere Förderungen resultieren aus dem Auftrag des Grundgesetzes, gleichwertige Lebensverhältnisse in der ganzen Bundesrepublik herstellen zu wollen. Die Mehrzahl der Fördermittel fließt direkt und indirekt über die Land- und Agrarwirtschaft in die ländlichen Räume. Landwirtschaft und ländliche Räume sind nicht nur deshalb untrennbar miteinander verbunden. Die alleinige ökonomische Lebensgrundlage für die Einwohner in den ländlichen Räumen kann die Agrarwirtschaft jedoch heute und in Zukunft sicher nicht mehr alleine darstellen. Ohne Landwirtschaft und das Engagement vieler meiner Berufskollegen Landwirte ist das gesellschaftliche Leben allerdings nicht vorstellbar.

Die Lebensverhältnisse der Menschen in den ländlichen Räumen werden auch durch den öffentlichen Personennahverkehr, den Zugang zu Kunst und Kultur, die schulische und die medizinische Versorgung und die Versorgung mit Bedarfsartikeln bestimmt. Auch der schnelle, aber leider immer noch seltene Internetzugang gehört aus unserer Sicht in die Bewertung gleichwertiger Lebensverhältnisse mit hinein. Maßgeblich ist jedoch die Berufs- und Lebensperspektive, die über Gehen oder Bleiben in den ländlichen Räumen entscheidet.

Dennoch stelle ich fest: Eine entscheidende Trendwende haben wir in den ländlichen Räumen trotz all dieser Maßnahmen, die auch gleich der Minister Dr. Backhaus darstellen wird, zum Beispiel in Bezug auf die demografische Entwicklung, die Senkung der Arbeitslosigkeit, der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, nicht erreicht und dabei spielen die peripheren ländlichen Räume eine besondere Rolle. Diese Regionen, in denen wirtschaftliche Strukturschwäche und eine geringe Bevölkerungsdichte zusammentreffen, geraten durch ökonomischen Strukturwandel und demografischen Wandel immer mehr in eine Abwärtsspirale kumulierender negativer Entwicklungen, die sich leider gegenseitig verstärken. Zum Beispiel ist unser Land als Tourismusmagnet Nummer eins auf hintersten Plätzen in der Erwerbstätigkeit und in der Zahl der ALG-II-Bezieher.

Diese wenigen Beispiele zeigen die Defizite, aber auch die Stärken unseres Landes. Prognosen für 2030 besagen, dass sich die Bevölkerung gegenüber 1990 um 25 Prozent auf etwa 1,4 Millionen Einwohner reduzie-

ren wird. Das kann man deshalb so sicher sagen, weil die potenziellen Mütter, die diesen Prozess umkehren könnten, nicht mehr im Lande sind. Männerüberschuss, Vergreisung in den peripheren Gebieten, fehlende Fachkräfte nicht nur in der Landwirtschaft sind unausweichliche und bekannte Folgen für das gesamte Land.

Im gemeinsamen Wirken der Landkreise, der Vertreter des Bundes und des Landes, der Projektgruppen und der Netzwerke wurden gangbare Wege und Möglichkeiten aufgezeigt, dieser Entwicklung zumindest teilweise entgegenzuwirken. Regionalbudgets, regionale Wertschöpfungspartnerschaften, die freie Abgrenzung der Regionen, die Steuerung durch Zielvereinbarungen sind einige Mittel und Methoden, die Erfolge ermöglichten. Im Besonderen wurde von Beteiligten die Arbeit des sogenannten Regionalkreises als Steuerorgan hervorgehoben, in dem auch Fachleute von Bund und Land saßen, die in guter Koordinierung erreichen konnten, dass die Förderwürdigkeit einer Maßnahme im Vordergrund stand und damit Fördermöglichkeiten voll ausgeschöpft werden konnten.

Nun sind die Bundesprojekte beendet und es stehen die folgenden Fragen an: Verstetigung der Ergebnisse, Aufarbeitung der Erfahrungen und Ergebnisse und deren Nutzung für die weitere Entwicklung. Auch in solchen Gemeinden wie zum Beispiel Lalendorf, Banzkow, Ivenack oder Lohmen, die sich für regionale Wirtschaftskreisläufe eingesetzt haben, nachhaltig erneuerbare Energien anwenden oder anwenden wollen und die Zivilgesellschaft durch die Unterstützung von Vereinen und Verbänden gestärkt haben, gibt es sehr wertvolle Erfahrungen, die es zu nutzen gilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Entwicklung der ländlichen Räume ist entscheidender Teil der Gesamtentwicklung unseres Landes. Oder anders gesagt: Wenn die ländlichen Räume keine Perspektive haben, hat sie Mecklenburg-Vorpommern auch nicht.

Es gibt die Antwort auf die Kleine Anfrage meiner Kollegin Lück, Drucksache 5/2712, zur Bewertung und der Aufarbeitung von Schlussfolgerungen aus dem Demografieprojekt. Diese wurde vom Verkehrsministerium beantwortet und hinterlässt leider den Eindruck von geringem Interesse an der Aufarbeitung der Erfahrungen und ihrer Übertragung auf die Landespolitik. Wir wollen mit unserem Antrag mehr Engagement für ein koordiniertes Zusammenwirken aller Ressorts der Landesregierung mit dem Ziel der zukunftsfähigen Entwicklung der ländlichen Räume. Müsste nicht gerade von Mecklenburg-Vorpommern als Land mit den größten ländlichen Räumen die Initiative ausgehen, wie die Forderungen des Grundgesetzes Artikel 72 ideenreich umgesetzt werden können?

Entwicklungspolitik für die ländlichen Räume besteht derzeit aus einem Bündel verschiedenster Maßnahmen, hauptsächlich aber aus der gemeinsamen Agrarpolitik und Strukturpolitiken, was leider nicht heißt, dass sie für die Zukunft der ländlichen Räume auch immer schon gebündelt eingesetzt werden. Dazu wären die zentrale Koordinierung der Landesregierung und die Übertragung von mehr Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten an die Regionen vor allem zur Stärkung der demokratischen Kräfte und Potenziale auch in peripheren Räumen hilfreich.

Lassen Sie uns gemeinsam, verehrte Kolleginnen und Kollegen, gute Ansätze weiterentwickeln und neue

finden für die Zukunft der ländlichen Räume in unserem Lande. Wir schlagen vor, diesen Antrag in die zuständigen Ausschüsse zu überweisen. Der Agrarausschuss sollte federführend sein und mit dem Verkehrsausschuss zusammenarbeiten, um gemeinsam zu demonstrieren, wie ressortübergreifend ein zentrales Thema der Zukunft unseres Landes angegangen werden kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Professor Tack.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus.

**Minister Dr. Till Backhaus:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man heute Morgen den Pressespiegel aufschlägt, dann nimmt man zur Kenntnis, dass die Landwirte, insbesondere die Milchwirte oder gestern auch die Fischerei, wieder von sich reden gemacht haben. Und wenn ich die Situation richtig bewerte,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dann will ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen, ich bin dankbar, dass wir und ich uns als Ministeriumsvertreter des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz mit seinen vielfältigen Aufgaben,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

den Zuständigkeiten, aber und insbesondere den Fördermöglichkeiten als Impulsgeber

(Udo Pastörs, NPD: Impulsgeber?!)

und als Moderator einer zukunftsfähigen Entwicklung der ländlichen Räume unseres Landes sehen. Und ich glaube, dass wir alles in allem mit der Überschrift, nämlich mit dem Konzept, das wir vorgelegt haben, „Land hat Zukunft – Mecklenburg-Vorpommern 2020“ eine wichtige, sehr wichtige Grundlage für die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume gegeben haben.

Und eins will ich an dieser Stelle auch deutlich machen: Mecklenburg-Vorpommern ist geprägt durch die ländlichen Räume. Die wichtigen Aufgaben, die ich hier noch mal darstellen möchte, nämlich der Schutz der natürlichen Ressourcen, eine wettbewerbsfähige Agrarwirtschaft, darin eingebettet sind selbstverständlich die Landwirtschaft, die Ernährungswirtschaft, die Forstwirtschaft, die Fischerei, aber auch tatsächlich die Inwertsetzung unserer Natur noch stärker herauszuheben, die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels und ein hohes Niveau an Verbraucherschutz zu gewährleisten, das sind Themen, die sich maßgeblich in die Gesamtstrategie des Gesundheits- und Tourismuslandes Mecklenburg-Vorpommern einfügen.

Insofern freue ich mich, dass ich heute im Namen der Landesregierung zu dem vorliegenden Antrag der Fraktion der LINKEN sprechen kann, wohl wissend, dass die im Antragstext angesprochenen Themen nicht oder nur teilweise direkt in unserem Ressort zusammengefügt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach den Maßstäben der OECD ist Mecklenburg-Vorpommern mit seinen 23.182 Quadratkilometern zu über 85 Prozent, das ist hier schon gesagt worden, tatsächlich ländlicher Raum. Und wenn man es so will, ist außer der Landeshauptstadt und der Hansestadt Rostock tatsächlich heute, was über den ELER begleitet wird, alles ländlicher Raum.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau. –  
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Wir machen das und praktizieren das auch so. Dort leben mehr als zwei Drittel unserer Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern. Von unseren 849 Gemeinden haben nur 2 Prozent mehr als 10.000 Einwohner, 84 Prozent haben weniger als 2.000 Einwohner und 35 Prozent weniger als 500. Daran wird deutlich, welche Bedeutung tatsächlich der ländliche Raum für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern hat. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind die Herausforderungen und damit verbunden die Chancen der ländlichen Räume nirgends in Deutschland so präsent wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Es bedurfte daher nicht des Anstoßes, sehr geehrter Herr Professor Tack, der LINKEN,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:  
Über unsere Anträge können wir  
noch alleine entscheiden. – Zuruf von  
Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dass sich die Landesregierung mit großer Ernsthaftigkeit dieser sehr komplexen Fragestellung annimmt, und das bereits im Jahr 2007 – und ich habe mich gefreut, dass eine Reihe von Abgeordneten des Landtages, insbesondere auch Ihrer Fraktion, Herr Professor Tack, an den Regionalworkshops teilgenommen haben –, als wir die Visionen, den Entwicklungsstand und den Trend des Landes Mecklenburg-Vorpommern, nämlich in dem Konzept „Land hat Zukunft – Mecklenburg-Vorpommern 2020“ beraten haben. In den drei thematischen Regionalkonferenzen haben wir im Jahr 2008 die konzeptionellen Inhalte mit Akteuren aus der Wissenschaft – insbesondere waren daran die Universität Rostock, die Fachhochschule Neubrandenburg, aber auch ganz stark die kommunale Ebene beteiligt – und mit der Praxis erörtert. Ich habe mich sehr gefreut, dass wir eine so große Resonanz auf diesen Regionalkonferenzen hatten.

(Ute Schildt, SPD: Ja.)

Vor diesem Hintergrund begrüße ich es ausdrücklich, dass unter Federführung der Staatskanzlei eine interministerielle Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ eingerichtet wurde. Diese interministerielle Arbeitsgruppe, die bereits existiert, verfolgt das ambitionierte Ziel, bis zum kommenden Jahr – ich betone, bis zum kommenden Jahr – ein ressortübergreifendes Handlungskonzept für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten. Insofern lassen wir uns auf jeden Fall nicht von einer Fraktion treiben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der demografische Wandel ist nicht nur im Land Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch bundesweit unmittelbare Realität. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen. Es ist die entscheidende Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume zugleich.

Ich sehe drei Hauptaufgaben:

Erstens. Wir müssen, wo immer möglich, die absehbaren Entwicklungen abfedern.

Zweitens. Wir müssen uns auf die sich verändernden Bedingungen immer wieder neu einstellen.

Und drittens. Wir müssen auch in den peripheren Regionen eine existenzielle Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen.

Das ist und bleibt unser Ziel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beide von Ihnen angesprochenen Modellprojekte beziehungsweise Vorhaben waren Bundesprojekte. Sie haben bewusst darauf hingewiesen. Insbesondere zu dem von der ehemaligen Bundesministerin Künast ins Leben gerufenen Wettbewerb „Regionen Aktiv“ habe ich immer eine sehr kritische Haltung bewiesen. „Regionen Aktiv“ wurde nämlich 2002 ohne Beteiligung der Länder als reines Bundesprogramm, und zwar ausschließlich mit Bundesmitteln, aufgelegt. Die Kommunikation mit den Modellregionen erfolgte ebenfalls ohne Länderbeteiligung direkt über den Bund. Ich bedauere das bis heute. Diese Art des zentralistischen Durchregierens kannte ich eigentlich nur aus DDR-Zeiten. Aus meiner Sicht war die teure Showveranstaltung damals eine reine Showveranstaltung der Grünen.

Im Zeitraum von 2002 bis 2005 flossen insgesamt 72,9 Millionen Euro Steuergelder und noch einmal 8,5 Millionen in den Jahren 2006 bis 2007. Das Regionalmanagement wurde zunächst vom Bund zu 100 Prozent gefördert. Parallel zu den bestehenden Verwaltungs- und Förderstrukturen des Landes setzen die Modellregionen diese Bundesfördermittel weitgehend unkoordiniert ein. Ich bedauere auch das nach wie vor. Zum Ende von „Regionen Aktiv“ kam dann plötzlich – und das kennen Sie zum Teil auch noch – die Auffassung der Regionen, doch auch Eigenteile dazuzulegen, weil der Bund dieses verlangt hatte, und damit war dieses Projekt im Wesentlichen leider am Ende.

Ich glaube, daran wird deutlich, dass man feststellen muss, dass wir einen anderen Weg in Mecklenburg-Vorpommern gehen, und zwar, Sie haben darauf schon hingewiesen, LEADER. Aus meiner Sicht ist es eine sehr sinnvolle Entwicklung, dass wir mit LEADER, LEADER+ und auch jetzt mit den 13 LEADER-Regionen von 2007 bis 2013 immerhin 72,5 Millionen Euro direkt in die LEADER-Aktionsgruppen hineingeben, um genau das, was Sie angedeutet haben, dieser sogenannte „Bottom-up-Ansatz“, „von unten herauf“, Initiativen zu fördern, um damit neue und auf stabile Entwicklung absehbare Netzwerke zu schaffen. Darin werden lokale Strategien für die Entwicklung der ländlichen Räume durch örtliche Partnerschaften zwischen den öffentlichen und vor allen Dingen dem privaten Sektor umgesetzt. Die 13 Lokalen Aktionsgruppen erarbeiten jeweils in ihren Regionen ihre eigenen Entwicklungsstrategien und treffen damit auch eigenständige Entscheidungen zum Mitteleinsatz.

Das ist im Übrigen in dieser Periode noch mal angepasst worden, weil ich gerade auch der Auffassung bin, es ist richtig, diese Mittel in den Regionen sowohl zu verwalten, als auch dann gezielte Projekte umzusetzen.

Die Bereiche wie Infrastruktur, Ortslagenentwicklung, Tourismus sowie Entwicklung des Wirtschafts- und des Lebensraumes oder auch des Kulturräume, des Erholungsraumes sind in diese Konzepte mit eingebettet

worden. In diesem Zeitraum werden wir alles daransetzen, dass die ausgewählten Projekte erfolgreich umgesetzt werden. Und ich kann hier uns nur gemeinsam mit an die Hand geben: Mischen Sie sich in die LAGs, in die Lokalen Aktionsgruppen, ein! Hier haben wir die Möglichkeit, Projekte sehr positiv voranzutreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben auf der MeLa vor zwei Wochen an unserem Stand zwei herausragende Beispiele für den LEADER-Ansatz präsentiert. Ich gehe davon aus, der eine oder andere wird das auch gesehen haben. So wird durch die Lokale Aktionsgruppe „Demminer Land“ in einer evangelischen Kirche und Schule in Zusammenarbeit mit den Pädagogen die Verschmelzung der Vorschule, Grundschule und des Hortes realisiert. Ich glaube, im Übrigen es ist ein ganz spannendes Projekt. Um den Um- und Ausbau des gesamten Gebäudekomplexes dieser Einrichtung zu unterstützen, werden wir über das Land in die LAG immerhin 298.000 Euro für mehr Kinderfreundlichkeit und bessere Bildung an diesem Standort investieren. Davon kommen allein über LEADER 212.000 Euro. Das ist praktisch, wenn man es so will, eine 75- bis 80-prozentige Förderung.

Oder ein anderes Beispiel: Die LAG „Südwestmecklenburg“ hat es mit dem Mehrgenerationenhaus in der Stadt Grabow mit einem Projektumfang von immerhin 670.000 Euro, davon 550.000 Euro aus LEADER bereitgestellt, mit einer Schaumanufaktur im Herzen der Stadt mit einer Investitionssumme von 313.000 Euro verstanden, materielle Werte zu erhalten, auf der einen Seite die städtebauliche Entwicklung voranzutreiben und auf der anderen Seite auch die traditionellen handwerklichen Fähigkeiten – zur Erstellung zum Beispiel, jeder könnte da im nächsten Jahr hinfahren und sich seinen eigenen Schaumkuss entwickeln – umgesetzt, damit im Übrigen aus der Region heraus getragen. Damit erhalten wir Tradition und wir erhalten insbesondere auch die Zusammenarbeit zwischen den Menschen und damit Toleranz der Generationen untereinander.

Das sind wichtige Ziele, die wir gerade im ländlichen Raum umsetzen wollen. Solche Beispiele finden wir ebenso in allen anderen Landesteilen des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Ich glaube auch, dass in der Nähe von Pasewalk ein hochinteressantes Projekt für ein behindertengerechtes Netzwerkgebäude für den gemeinnützigen Verein gebaut worden ist, wo Menschen mit Handicaps im Gartenbau eine wertvolle Beschäftigung wiederfinden. Ich glaube, auch das ist ein wichtiges Anliegen.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Was das Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ in den beiden ostdeutschen Modellregionen Stettiner Haff und Südharz-Kyffhäuser betrifft, verweise ich auf die Antwort, die mein Kollege Herr Schlotmann auf die Anfrage von Frau Lück gegeben hat.

Die Landesregierung bewertet das Modellvorhaben des Bundes trotz des relativ geringen Fördermittelansatzes aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung von insgesamt 2,2 Millionen Euro in der Haffregion als einen Erfolg. Im Übrigen wird das auch von Ihrer Landrätin Frau Syrbe so gewertet und es wird auch ausdrücklich von Herrn Dr. Böhning in Uecker-Randow so bewertet, eine Einschätzung, die bei den Akteuren in der Region als auch auf der Bundesebene

und vor allen Dingen von wissenschaftlichen Evaluatoren als wirklich sehr positiv bezeichnet wird.

Im Übrigen waren oder sind etwa 200 regionale Akteure in diesen insgesamt 20 Projekten des Modellvorhabens engagiert und eingebunden.

Als gewinnbringend ist auch das Zusammenwirken der beiden beteiligten Landkreise zu bewerten. Das hat es in der Form leider in Vorpommern vorher nicht gegeben, nämlich dass die beiden Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow hier wirklich eng zueinander stehen und zusammenarbeiten.

Für einzelne Projekte wurde unter anderem jetzt gewährleistet, dass diese verlängert werden, um damit auch diese Projekte zum Erfolg zu führen. Zu diesem Zweck, und das höre ich auch hier heraus, kommen jetzt die Bitten auf, eine regionale Stabilisierung von Entwicklungsinitiativen der Modellregion Stettiner Haff zu starten, um den begonnenen Prozess weiterzuführen. Wichtig ist dabei die Konzentration auf die begrenzten Kräfte und Ressourcen für zukunftsfähige Schwerpunkte, die dann auch die soziale Daseinsfürsorge und vor allen Dingen Familienfreundlichkeit sowie Bildung und Qualifizierung, insbesondere der bislang wenig betrachteten wirtschaftlichen Entwicklung der Region, vorantreiben, um damit wirklich Wertschöpfung und Arbeit in den ländlichen Räumen zu gewährleisten. Die Landesregierung wird diesen Prozess über die Förderung von Einzelmaßnahmen im Rahmen der gegebenen Förderkulisse unbürokratisch weiter unterstützen.

Natürlich kenne ich auch die Wünsche aus der Region von Frau Syrbe und Herrn Dr. Böhning, die vehement bei uns im Hause vorgetragen worden sind, einen sogenannten Fonds einzurichten, um damit die Koordinierung und die Stellen zu finanzieren. Für meinen Verantwortungsbereich kann ich nur noch mal sagen, wir haben einen Fonds, einen der größten europäischen Fonds, den wir verwalten, und das ist der ELER. Daraus kann das eine oder andere an Projektmitteln abgerufen werden.

Zweitens geht es um die Beteiligung bei der Finanzierung von Personal- und Sachkosten für die Projektkoordination für einen befristeten Zeitraum. Ich meine, dass wir gut beraten sind, dass die Verantwortung in den Regionen liegt, und damit müssen die Regionen selber auch Verantwortung tragen. Wir befinden uns, und da komme ich auf den Anfang zurück, in Deutschland, und das sehe ich so, mitten in einem Paradigmenwechsel vom Wohlstandsstaat als Leitbild

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse hin zum europäisch inspirierten Leitbild des wirtschaftlichen, des sozialen und des territorialen Zusammenhaltes. Ich meine, dass das eine der wichtigsten Aufgaben ist, dieses weiter voranzubringen.

Ich vertrete die These, dass wir, was die Gleichwertigkeit und den Gleichwertigkeitsgrundsatz der Gestaltung der Daseinsfürsorge in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und der ostdeutschen Länder im Besonderen anbetrifft, neue Wege gehen müssen, die dann durch die europäische Gesamtentwicklung abzufedern sind. Gleichwertigkeit bedeutet deshalb künftig nicht länger Gleichheit oder Angleichung, sondern Verschiedenartigkeit zuzulassen und auf der anderen Seite die Teilhabe der Menschen insgesamt zu sichern. Ich glaube, darin sollte es keine Unterschiede in diesem Hohen Hause geben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es muss uns gelingen, ausdrücklich die Daseinsfürsorge in einer schrumpfenden Gesellschaft differenziert zu gestalten. Deshalb müssen wir uns planerisch auch von den Durchschnittswerten der Daseinsfürsorge lösen. Auf der anderen Seite gilt es, Standards anzupassen, um Akteuren in der Fläche mehr individuelle Handlungsspielräume zu ermöglichen. Das geht bei der Infrastrukturplanung los, wenn ich nur das Beispiel des Straßenbaus betrachte, wo wir sehr wohl mit dem Wirtschaftsministerium und dem Verkehrsministerium nach neuen Wegen suchen, wo wir in sinnvoller Weise Infrastrukturmaßnahmen unterstützen. Aber ob nun eine Straße im ländlichen Raum tatsächlich 9,60 Meter breit sein muss oder ob nicht auch 7,40 Meter ausreichend sind, da wage ich hier anzudeuten, dass wir damit viel Geld sparen können und dieses lieber in Arbeit und Wertschöpfung hineinstecken.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das hängt von der Größe der Mährescher ab.)

Notwendig ist gleichwohl, die untere Grenze zu beschreiben. Dazu gehört beispielsweise der gesicherte Zugang zu Bildung für unsere Kinder, Notfallrettung in angemessener Frist, Mobilität im ländlichen Raum zu erhalten,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

hausärztliche und gesundheitliche Versorgung zu sichern,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Erreichbarkeit der Ordnungskräfte in angemessener Zeit, professionelle und menschenwürdige Pflege und Betreuung einer älter werdenden Gesellschaft und auch behinderten Menschen Hilfe angedeihen zu lassen und überall ein zugängliches, auch das ist angedeutet worden, leistungsfähiges Kommunikationsnetz zu gewährleisten.

Im Übrigen muss ich ausdrücklich sagen, ich bin auch in weiten Teilen von der CSU- und CDU-Agrarpolitik in Berlin maßlos enttäuscht. Die Vorschläge, die wir in den letzten Jahren immer wieder unterbreitet haben, ob das nun bei der Milch war oder ob das auch im Infrastrukturbereich war, Stichwort „Breitbandversorgung“, ist aus meiner Sicht im Wesentlichen nur mit Überschriften versehen und wenn es ans Eingemachte geht, dann kneift der Bund in der Aufgabenumsetzung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wenn wir allerdings das machen würden, was in Ziffer 2 des Antrages gefordert wird, nämlich „Entwicklungsstrategie(n) zum Erreichen des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern ... zu erarbeiten“, dann zeugt das von einem Anspruchsdenken, das im Zuge des demografischen Wandels so nicht erfüllt werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat das Thema Demografie ganz oben auf der politischen Agenda. Es gibt bereits viele Initiativen und Ansätze auf allen Ebenen in den Ressorts. Dazu gehören mit Sicherheit die beiden Modellprojekte des Bundes, die die Landesregierung auch im kommenden Jahr umsetzen wird. Ich will noch einmal unterstreichen, die Landesregierung wird dem Hohen Hause im kommenden Jahr ein ressortübergreifendes Handlungskonzept „Demografischer Wandel“ vorlegen, in dem selbstverständlich auch die notwendigen Rahmenbedingungen beschrieben werden. Einer gesonderten Aufforderung, sich dieses Themas anzunehmen, bedarf es insofern aus meiner Sicht jedenfalls nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Minister.

Die durch die Landesregierung angemeldete Redezeit wurde um vier Minuten überschritten, sodass diese entsprechend Paragraph 85 den Oppositionsfraktionen zur Verfügung steht.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU.

**Beate Schlupp, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich den Ausführungen des Ministers vollumfänglich anschließen. Das kann ich natürlich nicht.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, er hat aber gegen die CDU geschimpft und jetzt wird es schwierig, ne?!)

Das kann ich natürlich nicht.

Nein, darum geht es nicht.

Es gibt ja immer diese Aussage auf der MeLa, dass es der Ministerin in Brüssel nicht gelungen ist, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Milchbauern durchzusetzen. Allerdings muss ich dann auch mal anfügen, wenn ich an das Thema Agrardieselbesteuerung denke, dann war es wohl Fakt, dass sich unser Minister nicht mal seiner eigenen Bundes-SPD gegenüber lange durchsetzen konnte.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Von daher müsste er eigentlich wissen, wie schwierig es ist,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der FDP und DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist ja interessant. Hört, hört!)

Mehrheiten für bestimmte, auch sinnvolle Projekte erringen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Unabhängig davon: Allen Ausführungen, die zur Situation hier im Land gemacht wurden, möchte ich mich schon vollumfänglich anschließen.

Ich möchte aber trotzdem noch auf zwei Punkte eingehen, die mir doch auch am Herzen liegen. Vor einiger Zeit haben wir hier im Hause einen Antrag der LINKEN, und zwar „Gleichstellung im ländlichen Raum“, behandelt und ich habe diesen Antrag schon zum Anlass genommen, die Modellprojekte meines Landkreises hier dezidiert vorzustellen. Allerdings, wenn ich den Antrag hier gelesen habe, dann erwarten Sie eigentlich Ableitungen aus diesen Projekten, die diese Projekte gar nicht hergeben. Von daher frage ich mich schon, ob es denn überhaupt sinnvoll war, dass ich mir die Mühe gemacht habe, dezidiert diese Projekte vorzustellen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir haben Ihnen aufmerksam zugehört, Frau Schlupp.)

Es ging zum Beispiel um Anpassungsstrategien für die Themen Ordnung und Sicherheit, Schulentwicklung, ÖPNV und Kultur. Es ging also darum, wie können wir bei einer älter werdenden Bevölkerung und einer sinkenden Zahl von Personen im Landkreis bestimmte Angebote

aufrechterhalten. Das ist wichtig für die Zukunft, aber es ist keine Zukunftsstrategie, sondern es ist nur eine Strategie des Aufrechterhaltens bestimmter Maßnahmen zur Daseinsfürsorge. Das ist zum Beispiel auch das Verkehrsprojekt, die Anpassung an veränderte Mobilitätsbedürfnisse. Das ist sicherlich alles wichtig und richtig, aber hinsichtlich der Erwartung, die Sie an dieses Projekt haben, und die Ableitungen, die Sie hier auch aufzeigen, das sehe ich in diesem Fall nicht wirklich. Außerdem haben wir damals Ihren Antrag abgelehnt, weil wir gesagt haben, ein reiner Berichtsantrag geht uns eigentlich nicht weit genug.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das machen wir.)

Aber wenn ich dann sehe, dass Sie in Punkt 2 „eine Entwicklungsstrategie zum Erreichen des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern bis Ende 2009“ vorgelegt haben wollen „sowie die dafür notwendigen politischen, organisatorischen, personellen, materiellen und finanziellen Rahmenbedingungen“, dann weiß ich nicht, dann schlägt es ja quasi wieder ins Gegenteil um. Erst wollen wir nur einen Berichtsantrag und dann wollen wir quasi die Lösung aller Probleme des ländlichen Raums bis 2009. Damit habe ich schon ein Problem.

(Irene Müller, DIE LINKE: Lesen! Lesen!)

Ich habe gerade vorgelesen, Frau Müller. Es tut mir leid, ich kann nur das vorlesen, was Sie hier geschrieben haben.

Was mir aber auch noch wichtig ist: Wir schieben die Verantwortung immer in die Landesregierung, aber wenn man sich die Projekte genau anguckt, dann sind sie doch sehr spezifisch auf die Bedürfnisse einer einzigen Region abgestellt, die auch bestimmte Besonderheiten aufzuweisen hat. Von daher vermisste ich in der Diskussion schon auch die Verantwortung der Kommunen und der Regionen, die aus diesen Modellprojekten auf ihre Region diese Ergebnisse übertragen müssen. Es ist wirklich wichtig, dass jede einzelne Region aus den Grundsätzen, die hier aufgezeigt werden, bestimmte Handlungsstrategien ableitet und auf ihre Region anpasst. Das ist eine Aufgabe, die die Landesregierung gar nicht leisten kann. Sie kann ein großes Netz darüber spannen, aber die Regionen vor Ort sind aufgefordert und alleine in der Lage, aus den Erkenntnissen, die man in einer einzelnen Region gewonnen hat, Ableitungen zu treffen für das, was in ihrer Region richtig und wichtig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich denke, diesen Aspekt sollte man durchaus viel progressiver vertreten.

Im Übrigen gibt es eine wirklich gute Broschüre – ich habe sie leider in meinem Büro vergessen –, die alle Ergebnisse zusammenfasst und auch Ableitungen trifft. Ich denke, mit dieser Broschüre ist jede Region gut beraten, wenn sie dann versucht, diese Anpassungsstrategien – mit all den Problemen, die auch aufgezeigt werden – nachzuvollziehen, und eine Anpassung für ihre eigene Region übernimmt.

(Udo Pastörs, NPD: Das denke ich auch.)

Aber wie gesagt, von einem reinen Berichtsantrag, der uns nicht weit genug ging, hin zu einem Antrag, etwas zu entwickeln, was in diesem Umfang gar nicht leistbar ist, da können wir ebenfalls unsere Zustimmung nicht geben. Von daher werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Schlupp.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schnur von der Fraktion der FDP.

**Toralf Schnur, FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für mich war es schon insofern, als man sich auf diesen Antrag vorbereitet hat, etwas interessant zu sehen, was dann letzten Endes in der Debatte aus diesem Antrag geworden ist. Das muss ich auch mal offen sagen, denn so viel wäre aus meiner Sicht gar nicht möglich gewesen, da hineinzuinterpretieren.

Nun gut. Was für mich der entscheidende und auch für unsere Fraktion der entscheidende Punkt war, ist, dass man im Grunde genommen mit den Projekten versucht hat, eines zu erreichen, nämlich selbsttragende Strukturen zu schaffen. Genau darin besteht aber auch das Problem nach unserer Ansicht. Das Problem ist, dass wir, um stabile Netzwerke schaffen zu können, eben das Problem haben, dass der Eigenanteil dauerhaft durch die Kommunen, wie auch immer gelagert, oder auch durch Spenden eingebracht werden kann. Da müssen wir letzten Endes feststellen, wenn man doch in Anlehnung an die Gesamtauswertung raufguckt, dann ist das eigentlich nicht da. Man muss feststellen, die Strukturen sind nicht geeignet, sich selbst zu halten. Da ist es so, dass auch aus meinem Bereich Mecklenburgische Seenplatte im Nachgang zu diesen Projekten viele Projekte aufgelöst worden sind und man das Problem hatte, diese fortzuführen, oder vielmehr sind sie dann nicht fortgeführt worden.

Weshalb wir dem Antrag der LINKEN an der Stelle mit unseren Änderungsvorschlägen zustimmen wollen, ist, dass wir sagen, natürlich ist es möglich, eine Entwicklungsstrategie vorzulegen. Das ist allein deshalb möglich, Frau Schlupp hat es gesagt, der Aufwand würde zu groß sein. Ich würde an der Stelle sagen, eigentlich müssten doch zum heutigen Zeitpunkt schon viele Daten vorliegen. Das haben Sie im Grunde genommen selber bestätigt und der Minister hat gesagt, für das Folgejahr ist es auch zu erwarten.

Nun ist es so, dass auch eine Landesregierung, ich vermute es zumindest, nicht ein Vierteljahr vorher, bevor Sie ein Konzept vorlegen wird, anfängt zu arbeiten. Das wäre aus meiner Sicht eher traurig. Deswegen glaube ich, dass die Daten, insbesondere über die finanziellen Rahmenbedingungen, möglicherweise auch im Rahmen der Haushaltsdiskussion schon heute bereitstellbar wären. Man wird ja das Problem haben, wenn man im nächsten Jahr kommt, wird man relativ zielsicher die Begründung hören, na ja, das ist im Haushalt nicht eingestellt und deshalb können wir die Projekte nicht mehr umsetzen. So gesehen ist der gesetzte Zeitpunkt, zumindest von den LINKEN her, relativ in Ordnung.

Ich würde aber noch auf eines eingehen wollen, das ist nämlich die Perspektive der ländlichen Räume. Hier ist so im Nebensatz von Herrn Professor Dr. Tack gesagt worden, ohne die ländlichen Räume geht nichts. Nun haben wir das gestern insbesondere im Zusammenhang mit dem Finanzausgleichsgesetz durchaus diskutieren können. Ich glaube aber, dass die Projektförderungen eben an der Stelle nun auch nicht alles sind, Herr Professor Dr. Tack. Ich denke, das werden Sie auch verstehen.

Ich glaube, dass die Probleme, die die Kommunen haben und die der ländliche Raum hat, im Wesentlichen von ganz anderen Faktoren, also viel bedeutsameren Faktoren abhängen.

Deshalb haben wir für uns gesagt an der Stelle, wir können Ihren Antrag mittragen, wir halten aber die im Punkt b) genannten Förderinstrumentarien, wo Sie sagen, deren Wirksamkeit soll überprüft werden, insbesondere dort „Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Teilhabe“, eigentlich insoweit für ein Problem, weil man, wenn man Projekte danach auswertet, möglicherweise zu dem Schluss kommen kann, dass DIE LINKE vielleicht sogar ganz genau weiß, welche Netzwerke verstetigt werden sollen. Das bringt so einen unterschwelligen Eindruck, ich will das einmal ohne Boshaftigkeit sagen, dass vielleicht DIE LINKE aufgrund dessen, dass diese Förderung von 2003 bis 2007 ging – und Sie waren ja nur bis 2006 in der Landesregierung –, dass man vielleicht das Gefühl haben könnte, dass Ihnen ganz bewusst ist, welche Netzwerke Sie eigentlich verstetigen wollen. Das missfällt, das will ich dann auch offen sagen. Da müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass man mit den Einschränkungen, die Sie auch im Punkt c) vorgenommen haben, letztlich das Gefühl nicht loswird, dass Sie Projekte, die Ihnen durchaus nicht fern sind, unterstützen wollen.

Insgesamt finden wir dieses Ansinnen aber in Ordnung. Deshalb werden wir den Antrag mit der Maßgabe unserer Änderung unterstützen. Es ist vielleicht auch für jeden interessant zu sehen, was die ländlichen Räume betrifft.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Schnur.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

**Ute Schildt, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Zukunft ländlicher Räume in Mecklenburg-Vorpommern sichern“ – ich glaube, es gibt keinen hier im Saal, der diesen Satz nicht unterschreiben würde. Doch wir unterscheiden uns. Während wir sagen, dass es die Grundphilosophie unseres politischen Handelns schon über viele Jahre gibt, mit vielen Konzepten, die verstetigt worden sind, die mit neuen operationellen Programmen stets wieder untersetzt wurden, vermitteln Sie, liebe Kollegen von der LINKE-Fraktion, den Eindruck, als wenn Sie die Regierung zum Handeln auffordern müssten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:  
Aber nein, wir wollen nur dem Minister  
den Rücken stärken, so, wie Sie das  
immer machen. – Heiterkeit bei  
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vielen Dank für diesen Ansatz, Herr Methling. Ich weiß, dass Sie das schwer haben mit mir.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:  
Unerhört ist das. – Zuruf von  
Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Aber jetzt zum Antrag. Mit diesem Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung auf, zu zwei Bundesprojekten in Mecklenburg-Vorpommern zu berichten und sie zu bewerten.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Etwas versteckt stehen aber unter den Termini „Verstetigung der Ergebnisse und ... Erhalt der Netzwerke“ auch finanzielle Forderungen im Raum.

Aber zu den Projekten im Einzelnen. Mit Ihrem Berichtsersuchen zum Bundeswettbewerb „Regionen Aktiv“ haben Sie sich aus meiner Sicht an den falschen Adressaten gewandt. Der Bundeswettbewerb wurde im Jahr 2002 vom BMELV initiiert. Unser Land war weder konzeptionell noch in die Entscheidungsfindung der Jury eingebunden. Der Minister hat darüber berichtet. Die beiden beteiligten Regionen aus Mecklenburg-Vorpommern – Odermündung und Mecklenburgische Seenplatte – wurden direkt vom Bund finanziert und ohne Landesbeteiligung gesteuert. Der Einsatz der Fördermittel wurde, wie der Minister bereits berichtete, unkoordiniert zu bestehenden Verwaltungs- und Förderstrukturen des Landes von den Modellregionen selbst bestimmt. Ich empfehle daher, entsprechende Fragen an die Akteure vor Ort zu richten. Ich muss unterstreichen, ich kenne viele dieser Akteure. Ich bin aus der Mecklenburger Seenplatte ...

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Frau Schildt, ich bin so tief enttäuscht,  
ich bin zutiefst enttäuscht.)

Das können wir hinterher auswerten.

Aber ich kenne viele Akteure ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das  
macht auch nichts, wenn Herr Holter mal  
enttäuscht ist. Damit können wir gut leben.)

Das muss er ertragen.

Ich kenne viele Akteure, ich weiß, dass Netzwerke entstanden sind, die sich auch nach Ablauf dieses Programms weitertragen werden.

Anders ist das Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ mit der Modellregion Stettiner Haff zu bewerten. Das Land ist unter Mitwirkung von Staatskanzlei, Finanzministerium, dem Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung, dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz und dem Ministerium für Soziales und Gesundheit an Einzelprojekten des Modellvorhabens beteiligt. Das ist positiv.

Und, meine Damen und Herren, frei nach Rio Reiser, „das alles und noch viel mehr“ ist bereits

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

in der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Regine Lück „Demografieprojekte in der Modellregion Stettiner Haff und Mecklenburg-Vorpommern“ vom 10.08.2009 nachzulesen. Kurz und gut, dieses Modellprojekt wird von der Landesregierung positiv bewertet und wird als grundsätzlich geeignet angesehen, einen wirksamen Beitrag für die Verbesserung der Zukunftschancen in der Modellregion zu leisten.

Die Landesregierung will weiterhin die Förderung von Einzelmaßnahmen im Rahmen der gegebenen Förderkulisse unbürokratisch unterstützen. Für das Land ist im Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum der LEADER, Verbindung zwischen Akteuren zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft, der Schwerpunkt. Hier werden zwischen 2007 und 2013 Fördermittel in Höhe von 71,3 Millionen Euro im Sinne von Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Teilhabe der Region durch 13 Lokale Aktionsgruppen in Bereichen wie Infrastruktur, Ortslagenentwicklung, Tourismus sowie Entwicklung des Wirtschafts- und Lebensraums mit eigenständigen

Strategien und eigenständigen Entscheidungen eingesetzt. Jeder von uns, der im ländlichen Raum zu Hause ist, kennt seine Aktionsgruppen – und wenn noch nicht, bitte damit befassen. Ich halte es für wichtig, dass diese Aktionsgruppen ihre Ergebnisse auch einander vorstellen, dass die Ergebnisse positiver Netzwerke auch woanders als Ideen aufgenommen werden können. Das ist Ziel solcher Modellprojekte.

Punkt 2 Ihres Antrages, meine Damen und Herren von der LINKEN, ist geeignet, Verwirrung zu stiften. Was meinen Sie denn? Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland? Oder stellen Sie auf die demografische Entwicklung und die damit verbundenen Veränderungen der Lebensverhältnisse innerhalb von Mecklenburg-Vorpommern ab? Im Kontext mit der Überschrift Ihres Antrages unterstelle ich den Landesbezug.

Zur konzeptionellen Arbeit am Thema „demografischer Wandel“ muss uns DIE LINKE allerdings nicht erst auffordern. Bereits 2007 hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz das Strategiepapier „Land hat Zukunft – Mecklenburg-Vorpommern 2020“ mit „Entwicklungstrends und Visionen für die ländlichen Räume“ vorgestellt, nicht nur uns, sondern, wie er es beschrieben hat, auch in drei Regionalkonferenzen. Die Fachpolitiker waren zugegen und nicht nur wir, sondern ganz viele Akteure, Verantwortliche aus kommunalen Gremien wie auch Bürger, die interessiert sind, Büros, die interessiert sind an der Entwicklung von Konzeptionen für die Regionen. Das ist sehr positiv aufgenommen und angenommen worden.

Aber vor dem Hintergrund, dass gerade Mecklenburg-Vorpommern vor besonders großen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel steht, ist das Thema Demografie für die Landesregierung eine Querschnittsaufgabe. Unter Federführung der Staatskanzlei wurde daher in diesem Jahr eine interministerielle Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ eingerichtet. Auch darüber hat der Minister bereits berichtet. Das brauche ich nicht mehr auszuführen. Es ist also auf einen guten Weg gebracht und wir sollten uns damit befassen, das ist richtig, wie zu gegebener Zeit die Ergebnisse aussehen.

Lassen Sie mich aber noch ein paar Anmerkungen zu dem von Ihnen gewählten Begriff der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse machen. Möglicherweise soll damit in den Köpfen der Menschen die Illusion der Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse erzeugt werden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Im Gegenteil.)

Das geht jedoch an der Lebenswirklichkeit vorbei.

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Also Ihre Argumentation ist abwegig. –  
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wenn das so ist, Herr Holter, dann werde ich das auch nicht weiter ausführen. Wenn Sie mit mir einer Meinung sind, dass man Lebensverhältnisse vor Ort mit den Gegebenheiten, mit den Besonderheiten gestalten muss, dann brauchen wir hierüber nicht weiter zu sprechen, dann ist das eine Auslegungsfrage.

Ich meine, wir sollten uns im Ausschuss mit konkreten Projekten, die wir im Rahmen unseres Instrumentenkastens leben,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

wirklich leben, befassen, Akteure hören, aber nicht in der Form, wie es in diesem Antrag formuliert wird, und auch nicht so, wie es der FDP-Antrag versucht zu korrigieren. Wir müssen Ihren Antrag an dieser Stelle in der Form ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Schildt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

**Raimund Frank Borrmann, NPD:** Frau Präsidentin! Ich möchte mich dem Thema zunächst mit einem Gleichnis nähern. Stellen wir uns den Abend des 14. April 1912 vor. Es ist 23.30 Uhr. Der Boden ist leicht geneigt. Wir befinden uns an Bord eines großen, luxuriösen Linienschiffes, das soeben einen Eisberg gerammt hat. Die Schotten brechen eines nach dem anderen weg, die untersten Decks stehen bereits unter Wasser. Die Unterschichten versuchen, sich vor den Fluten zu retten, und saufen von Panik ergriffen ab.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Eine Bordkapelle spielt auf. Leider gibt es einzelne Missebene. Auch Musiker sind zu Tode geängstigte Seelen. Da kommt einer der Offiziere auf die Idee, einen Wettbewerb zu veranstalten: Die Kapellmitglieder, die fehlerfrei „Gott schütze den König“ spielen können, dürfen in Zukunft am Londoner Philharmonischen Orchester musizieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, dann schreiben Sie doch Kinderbücher. Was hält Sie davon ab? – Irene Müller, DIE LINKE: Schreiben Sie doch Märchen!)

Die noblen Passagiere der ersten Klasse sind begeistert: Die Zukunft der Provinzmusik im Lande ist gesichert!

(Dr. Harald Ringstorff, SPD:  
Kommen Sie zur Sache!)

Endlich eine Ablenkung von der schnöden Untergangsperspektive: „Trotz ertrinkender Schiffsbesatzung – Eisbergkollision schafft Zukunft.“

Dies ist das Gleichnis, zu dem uns DIE LINKE durch ihren Antrag inspiriert. Unser Land befindet sich im Untergang.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sagen Sie. Das ist doch gar nicht wahr.)

Die Wende ist der Eisberg, auf den wir aufliegen. Oben lockte uns die Glitzerwelt der eisigen Oberschicht, die sich über Wasser hält, indem sie – soziale Gerechtigkeit hin oder her – neun Zehntel unter die Wasseroberfläche drückt. Seit 20 Jahren verlassen viele der Besten, Gebildetsten und Überlebensfähigsten dieses einst so stolze Schiff Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Und die früheren Offiziere, die diesen Kahn auf diese Eiswand getrieben und leckschlagen lassen haben, die verdingen sich jetzt als Lakaien der neuen Schiffsführung und erklären genau das Gegenteil von dem, was sie früher von sich gaben.

(Vizepräsident Andreas Bluhm  
übernimmt den Vorsitz.)

Die Landesregierung soll, so schmeicheln sie honigsüß, über die Umsetzung zweier Bundeswettbewerbe berichten, zweier Wettbewerbe, die schon in ihrer Zielrichtung mehr einer Protokollfassade, einem sogenannten Potemkinschen Dorf gleichen als einer Avantgardebewegung, an der sich andere zur Nachahmung orientieren können.

„Regionen Aktiv“ unterstellt ein Subjekt, das es so gar nicht gibt, denn die BRD gliedert sich in Länder, Kreise und Gemeinden. Region im Sinne eines Landschaftsgaus ist aber kein eigentliches Berichtsobjekt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Landschaftsgau?!)

Noch abstruser, geradezu pervers ist das sogenannte Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Die Bürger des Landes wissen, dass Überalterung durch Kinderlosigkeit den Tod einer Kultur symbolisiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

Eine Kultur, die sich nicht mehr weitergeben will und ausstirbt, hat keine Zukunft, es sei denn, sie erklärt sich für weltoffen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Genau. Das ist doch auch schön.)

lässt Fremde in ihre Grenzen einziehen, die an ihrer statt die frei werdenden Räume besetzen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, es gibt nur eine neue Kultur, mit der Sie nicht klarkommen, Herr Borrmann.)

Dann wird der demografische Wandel ein kultureller Wandel, in dessen Verlauf die eingewanderte Bevölkerung durch eine andere Kultur zu einem das Geschehen bestimmenden neuen Volk wird,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Das ist ja widerlich.)

einem Volk, das dann auch eine Zukunft haben wird. Die alternde Kultur, die traumwandlerisch in nachäffenden frucht-, das heißt kinderlosen Modellvorhaben versinkt, hat dagegen kein Futurum. Sie erstickt am Berichtswesen, statt in Tatendrang die Besinnung auf die eigene Kraft, das eigene Selbst als Gemeinschaft erstarken zu lassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Vollkommen vermurkst.)

Eine Hochkultur, die ihren eigenen Nachwuchs zu Millionen im Mutterleib schlachtet, die Völkermord an sich selbst begeht,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Au Mann! Herr Borrmann, was ist denn das für ein Blödsinn?)

kann weder für sich noch für andere fremde Kulturen, die mit berechtigter Abscheu auf diese Mumifizierung öffentlichen Anspruchs schauen, eine Zukunft haben.

(Unruhe bei Abgeordneten  
der Fraktion der SPD –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh!)

Sie braucht keine Modelle, sie braucht ein Beerdigungsinstitut.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –  
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und Sie, etablierte Blockparteien, sind die Totengräber dieses Landes, denn: Scheint die Sonne noch so schön,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach ja!)

einmal wird sie untergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Weg und setzen!)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Das Wort für die Fraktion DIE LINKE hat der Fraktionsvorsitzende Herr Holter. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Helmut Holter, DIE LINKE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hans Fallada würde ausreichend Stoff für einen neuen Roman finden.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Die Debatte, ich habe das Frau Schildt schon gesagt, hat mich wirklich enttäuscht. Vor zwei Tagen, am Mittwochabend, haben wir einen Antrag eingebracht, um über die wirtschaftliche Entwicklung ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir sind ja auch nicht hier zur Erbauung.)

Lassen Sie mich doch einmal reden! Es ist auch ein Stück von Kultur, Herr Nieszery, das zeichnet Sie nicht gerade aus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Ja, ich bin kulturlos.)

Vor zwei Tagen haben wir hier eine Debatte versucht zu initiieren, wo es um die wirtschaftliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern ging. Ein Mitglied der Landesregierung hat erklärt, es ist nach 19.00 Uhr, er habe keine Lust mehr, darüber zu debattieren – auch eine Frage von Kultur.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Skandal!)

Draußen im Land verschütten Bauern Milch,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

weil ihnen vorgegeben wird, wie viel Milch gemolken werden darf,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie wollen jetzt so eine Debatte aufziehen? Das ist unfair.)

die Fischer demonstrieren, weil ihnen Quoten vorgegeben werden.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das ist unfair, dass wir das gar nicht beeinflussen konnten.)

Es ist eine Frage, dass wir hier über die Zukunft der ländlichen Räume diskutieren und draußen die Menschen die Frage stellen: Was wird aus uns? Wenn nicht nur Hans Fallada hier sein könnte,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

sondern die Menschen aus den ländlichen Regionen, dann würde sich der Protest angesichts der Debatte, die heute hier geführt wurde, tatsächlich verschärfen. Davon bin ich überzeugt.

Ich bin, Herr Backhaus, auch enttäuscht von Ihrer Rede, weil Sie hier dargestellt haben, da kommt jemand, spielt in meiner Sandkiste und ich habe ihn nicht eingeladen. Warum greifen Sie das, was der Bund hier in Mecklen-

burg-Vorpommern gemacht hat, „Regionen Aktiv“, nicht positiv auf und sagen ...

(Minister Dr. Till Backhaus:  
Genau das haben wir doch gemacht.)

Sie haben gesagt, Sie sind der falsche Adressat, Sie sind hier der Landwirtschaftsminister und zuständig für die ländlichen Räume.

(Minister Dr. Till Backhaus:  
Da haben Sie mir nicht zugehört.)

Ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sie haben gesagt, der Bund hat ohne uns zu fragen hier Modellprojekte gemacht und mit uns wollte er nichts zu tun haben. Ich kann mich gut erinnern, dass nach 2002 gerade bei diesen Modellprojekten „Regionen Aktiv“ viele Veranstaltungen und Konferenzen in Mecklenburg-Vorpommern stattgefunden haben, und sehr wohl Bund und Land – übrigens ich auch und Vertreter des Landwirtschaftsministeriums und der Kommunen – über die verschiedenen regionalen Ansätze gesprochen haben. Und das, meine Damen und Herren, sollte Anlass und Ansatz unseres Antrages sein,

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

nicht, zu unterstellen, wie definieren wir gleichwertige Lebensverhältnisse im Sinne von Vereinheitlichung oder, wie Herr Borrmann das ja immer wieder versucht, wir wollen zurück zu DDR-Zeiten, im Gegenteil. Das sind doch alles nicht die Fragen. Die Frage ist, welche Zukunft haben Menschen in den ländlichen Räumen.

Frau Schlupp, Ihnen muss ich sagen, eine Broschüre ersetzt noch lange nicht eine Debatte. Darum bin ich der Überzeugung, wenn es uns nicht gelingt, tatsächlich –

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

und da komme ich jetzt zu Herrn Schulte von Mittwochabend, das meine ich jetzt im Sinne Ihres Ansatzes – mal zu definieren, worüber wir sprechen, meinen wir denn, wenn wir die gleichen Begriffe nutzen, tatsächlich alle dasselbe? Das ist doch die entscheidende Frage. Ich habe den Eindruck, wir reden oftmals aneinander vorbei,

(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie doch einen Arbeitskreis!)

weil wir in die verschiedenen Begrifflichkeiten unterschiedliche Bedeutungen hineinlegen. Die Chance dieses Antrages als auch anderer Anträge meiner Fraktion besteht doch darin, in den Ausschüssen, aber auch hier, und das würde ich mir wünschen, eine inhaltlich fundierte Debatte zu führen, und nicht: Weil der Antrag von der LINKEN kommt, brauchen wir das alles nicht, machen wir ja schon längst. Natürlich machen Sie viel, aber die Probleme im Land verschärfen sich. Wir haben eine Krise, wir haben eine EU-Agrarpolitik, die wir übrigens kritisieren, Herr Pastörs, wir haben globale Prozesse, die sich auswirken auf die landwirtschaftlichen Betriebe, auf die Lebenssituation der Menschen, wir haben es mit demografischen Prozessen zu tun, die wir hier mehrfach beschrieben haben, wo wir alle nach Lösungen suchen.

(Udo Pastörs, NPD: Wir suchen Lösungen für Kinder und Familien.)

Warum haben wir nicht die Kraft als Gesellschaft, gemeinsam Lösungen zu finden, die wir dann auch gemeinsam umsetzen?

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

Ich bin der Überzeugung, dass es nicht darum gehen kann, die sich entvölkernden Regionen tatsächlich dem Selbstlauf zu überlassen und diesem mehrfach geprägten Begriff des „Wolfserwartungslandes“ das Wort zu reden. Nein, und darüber haben Sie ja teilweise gesprochen, es geht um regionale und lokale Entwicklungskonzepte. Und hier will ich einen Zusammenhang herstellen – Herr Seidel ist jetzt nicht im Haus – zu unserem Ansatz vom öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Regionale und lokale Entwicklungskonzeptionen, ob nun als Modellprojekt oder als Strategie einer Region, das sei jetzt mal dahingestellt, haben doch nur dann eine Chance, wenn sie nicht nur zeitlich begrenzt finanziert und realisiert werden, sondern wenn sie tatsächlich mit Schlussfolgerungen auch verstetigt werden.

Und oftmals, Frau Schildt, Sie nicken, liegt es doch dann daran, dass ein Manager, auch ein Regionalmanager, nicht mehr zur Verfügung steht. Es geht darum, dass das Engagement von Menschen zur Entwicklung ihrer eigenen Region, zur Strukturentwicklung, tatsächlich unterstützt werden kann. Warum greifen wir dann nicht auf Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurück, verstetigen solche Projektansätze, um die Menschen in den Regionen zu aktivieren und zu motivieren, ihre Geschicke in die Hand zu nehmen? Wir geben ihnen mit den Fördergeldern aus den verschiedenen Ministerien bitte schön dann auch die Möglichkeit, diese Strategien umzusetzen.

Und wenn wir, so habe ich Sie, Herr Backhaus, ja auch verstanden, über die ländlichen Räume sprechen, da stimme ich Ihnen ja vollkommen zu, es ist ja müßig, über Mecklenburg-Vorpommern zu reden, ob ländlicher Raum oder nicht, wir sind ein ländlicher Raum. Er ist sehr differenziert, das wissen wir. Es ist ein großer Schatz, wir sollten diesen Schatz tatsächlich als Landtag und natürlich auch als Regierung als solchen begreifen und einen ganzheitlichen Ansatz finden. Ich bin es einfach leid und mir ist es auch über, diesen Wettbewerb, um nicht zu sagen die Eifersüchteleien zwischen den Ministerien immer wieder zu hören, dafür ist der zuständig, dafür ist jener zuständig. Ist es nicht angesichts der gravierenden Probleme und der Herausforderungen der Zukunft eine Aufgabe der gesamten Regierung, unter Führung des Ministerpräsidenten diese Fragen anzugehen und den Menschen zu sagen, welche Strategie verfolgt die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern, in dem Fall für die Entwicklung der ländlichen Räume?

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

Ja, es geht um die Strukturentwicklung und es geht tatsächlich um autarke, dezentrale Lösungen, die aber wiederum korrespondieren mit den anderen Regionen. Ich spreche mich ausdrücklich dagegen aus, dass es um abgeschlossene Wirtschaftskreisläufe geht, aber es geht um Kreisläufe. Da gibt es viele gute Beispiele in Mecklenburg-Vorpommern, die sicherlich hinreichend bekannt sind. Es geht um Eigenversorgung, es geht auch, Herr Backhaus – darüber haben Sie nicht gesprochen, aber Sie wissen das – um die vielen Kleinproduzenten, die sich mühselig von ihrer Hände Arbeit ernähren können. Auch denen müssen wir eine Zukunft geben. Es geht

natürlich um all die Fragen, die hier in den verschiedenen Reden angesprochen wurden. Aber wenn wir das, was Sie angesprochen haben mit Mobilität, mit Teilhabe, mit Mitmachen, mit gesundem Altern, mit dem lebenslangen Lernen oder der Ressourcenschonung, nicht tatsächlich konkret untersetzen, dann bleiben das Worthülsen.

Unser Antrag zielte darauf, aus den Projekten, die der Bund realisiert hat, das ist ja nur ein Beispiel, Schlussfolgerungen zu ziehen für eine verstetigte Strategie, die dann auch haushaltsseitig untersetzt wird, damit das Land tatsächlich eine Zukunft hat, so, wie es die Broschüre des Landwirtschaftsministers zum Ausdruck bringt. Ich habe die mit Interesse gelesen und Sie haben das gesagt, wir waren auf den Konferenzen sehr stark vertreten.

Uns geht es darum, dass die Politik in Mecklenburg-Vorpommern fähig ist und mutig ist, die Zukunft zu debattieren und die verschiedenen Ansätze und Vorschläge aus den verschiedensten Studien, die es gibt, so zusammenzuführen, so zu verdichten und so zu komprimieren, dass die Menschen erkennen können, das ist der Weg, den wir gehen.

Das, glaube ich, haben wir bisher in Mecklenburg-Vorpommern nicht geschafft und dazu brauchen wir eine Debatte über die Zukunft auf der Basis dessen, was Herr Schulte am Mittwochabend formulierte. Lassen Sie uns die Begriffe definieren, damit wir auch eine inhaltlich fundierte Debatte führen können. Ansonsten führt es wieder dazu, dass man sich gegenseitig unterstellt, das hat er alles nicht so gemeint und man wolle nur. Ich meine, wir wollen ein zukunftsfähiges Land, damit die Menschen, ob Jung oder Alt, eine Zukunft in diesem Lande haben. Und da geht es natürlich darum, die verschiedenen Aktivitäten, die über Modellregionen und andere Fragen hier realisiert werden, als positiven Ansatz zu begreifen und deutlich zu machen, wir packen Zukunft an.

Unser Ansatz ist, das haben wir in dieser Landtagssitzung in verschiedenen Debatten sehr deutlich gemacht, nicht in einem Klein-Klein, auch das muss man mal machen, in einem Klein-Klein uns zu befinden, sondern einen großen Zukunftsentwurf zu entwickeln, damit die Menschen motiviert werden mitzumachen. Wenn es aber so heißt, Herr Backhaus, das machen wir alles schon, wir sind auf einem guten Weg, dann muss ich Ihnen sagen, es gibt noch viel zu tun. Und da, glaube ich, sollten Sie sich auch einfach mal darum kümmern und mal zuhören, wo die Probleme sind.

Deswegen teile ich die ganze Debatte heute nicht, kann meine Enttäuschung also immer noch nicht loswerden, weil ich der wirklich inneren Überzeugung bin, wenn Politik und Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern nicht in der Lage sind, über Zukunft zu debattieren, einzelne Maßnahmen festzulegen und sie auch konsequent – das ist eben mein Unterschied zu Frau Polzin –, sie konsequent im Haushalt zu untersetzen, dann wird das Land Mecklenburg-Vorpommern Schwierigkeiten haben in der Zukunft.

(Udo Pastörs, NPD: Die  
haben wir schon in der Gegenwart.)

Ich bitte Sie also, unseren Antrag zu überweisen. Lassen Sie uns die Debatte in den Ausschüssen fortsetzen. Danke schön. Dem Antrag der FDP stimmen wir zu.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Holter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP. Es ist beantragt worden vonseiten der Fraktion DIE LINKE, den entsprechenden Antrag in den Landwirtschaftsausschuss zu überweisen

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Landwirtschafts- und Verkehrsausschuss.)

und zur Mitberatung in den Verkehrsausschuss. Ich gehe davon aus, dass dann eine Überweisung des Änderungsantrages miterfolgen würde. Wer also dem Überweisungsvorschlag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und FDP, einigen Abgeordneten der Fraktion der SPD und der CDU, bei Gegenstimmen von einigen Abgeordneten der CDU und SPD und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD der Überweisungsvorschlag angenommen.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Erarbeitung einer Konzeption zur Überwindung der strukturellen Krise und des ökonomischen Zusammenbruchs der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/2782.

**Antrag der Fraktion der NPD:  
Erarbeitung einer Konzeption zur  
Überwindung der strukturellen Krise  
und des ökonomischen Zusammenbruchs der  
Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern  
– Drucksache 5/2782 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Borrmann. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Raimund Frank Borrmann, NPD:** Herr Präsident! Bürger des Landes! In der letzten Woche, am 16. September, fand eine Protestdemonstration von Milchbauern statt, die auf ihre aussichtslose Lage aufmerksam machen wollten. Plakate mit Hilferufen an die Landesregierung, insbesondere an Till Backhaus, werden gezeigt, Transparente entrollt, frisch gemolkene Milch einer eigens antransportierten Kuh mit Kalb in die Gasse geschüttet. In diesem Moment tritt der Fraktionsvorsitzende der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands im Landtag Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs an die Demonstranten heran. Sofort sind die Initiatoren zur Stelle, sperren den Zugang zu dem kleinen Areal ab und verwehren dem Politiker, der Informationsmaterial verteilen möchte, den Zutritt. Ein im Anzug gekleideter Milchbauer nimmt das Mikrofon und ruft: „Die Nazis haben bei uns nichts verloren“, um ...

(allgemeine Unruhe – Zuruf aus der  
Fraktion DIE LINKE: Recht hat er.)

Ja, ja!

... mit verräterischem Zungenschlag, der für die Zukunft nichts Gutes verheißt, zu ergänzen: „Es geht uns noch nicht so schlecht, dass wir diesen politischen Auffassun-

gen folgen können.“ Was er nicht weiß: Ein Nationaldemokrat und Lehrer für marxistisch-leninistische Philosophie ist mitten unter den Schweizern – Raimund Frank Borrmann, Hannibal ante portas. Und Sie können sich denken, edles Direktorium, Nobile vom Schloss, hochfahrende Damen der Oberschicht, ich habe die Gunst der Stunde genutzt.

Es ist interessant, die vielstimmigen Erfahrungen und zum Teil sich widersprechenden Ansichten von Menschen zu erfahren, die trotz ihres Fleißes und ihrer Anstrengungen ohne Schuld in diesem für sie undurchschaubaren und unbeeinflussbaren Wirtschaftssystem langsam, aber sicher zugrunde gehen. Sie ahnen zumindest, dass die sich hinter dem Direktorium der EU-Kommission und ihren nachgeordneten Behörden versteckenden Bundes- und Landespolitiker miteinander kollaborieren und zusammen ein Diktat der völligen Freigabe des Marktes beschlossen haben, eines Marktes, den es so gar nicht mehr gibt. Denn auf diesem Markt treten sich nicht Produzenten und Arbeitnehmer gegenüber – dies räumt auch Landesminister Backhaus gelegentlich ein –, sondern treffen ungleiche Kräfte aufeinander, die nicht mehr nach der ausgleichenden Gerechtigkeit handeln, wie sie Aristoteles in seiner „Nikomachischen Ethik“ beschreibt, als sozial ungleiche Personen, die unabhängig von ihrer Ungleichheit gleiche Tauschwerte erzielen, sondern nach der ausgleichenden Gerechtigkeit, nach der der Grundsatz gilt, dass jedem das nach seiner sozialen Stellung Seinige zukommen solle.

Seit der Französischen Revolution unterscheidet man zwei große Lager: die einen, die die ausgleichende Gerechtigkeit nur in der Politik und im Recht umgesetzt sehen wollen, und die anderen, die seit „Von Babeuf bis Blanqui“ darauf beharren, dass die ausgleichende Gerechtigkeit auch auf die Sphäre der Wirtschaft ausgedehnt werden müsse, wenn das Fanal der Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ Vollendung erfahren solle.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist das  
hier eine Vorlesung, oder was?!)

Letztere spalteten sich als Sozialisten von den Bürgerlichen ab und mündeten in eine Bewegung, die den Kommunismus als ihr Ziel vorgaben.

(Beate Schlupp, CDU:  
Kommen Sie zum Thema!)

Karl Marx versuchte zusammen mit Friedrich Engels,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da kennen Sie  
sich ja aus als Marxismus-Leninismus-Lehrer.)

das Scheitern der Französischen Revolution in seiner Zeit zu deuten und den Begriff „Verelendung“ als eine Entfremdung der Produktion von den Produzenten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie heißt doch  
grad das Thema, über das wir hier sprechen?)

Jahrelange Forschungen und Auseinandersetzungen mit der zeitgenössischen bürgerlichen Ökonomie ließen ihn in seinem Werk „Das Kapital“ eine Produktionsweise beschreiben, in der das Verhältnis von doppelt freien Lohnarbeitern und Eigentümern von Produktionsmitteln einen Reproduktionsprozess in Gang setzt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Worüber spricht er?)

dessen Wesenszug die Akkumulation um der Akkumulation willen, der Profit um des Profites willen ist.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind im falschen Film, Herr Borrmann. –  
Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Der Stachel, die eigentliche Quelle des Wachstums unter diesen kapitalistischen Produktionsverhältnissen, der Profit, führt jedoch nicht nur zu einer permanenten Entwicklung der Produktionsmittel, sondern perspektivisch auch zur Selbstvernichtung dieser Triebkraft

(Beate Schlupp, CDU: Wo ist das Konzept?)

durch die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Wir haben eine Tagesordnung. Sie sind nicht da, um eine Vorlesung zu halten.)

Dass selbst DIE LINKE Karl Marx heute wie einen toten Hund behandelt, den Klassenkampf ablehnt, die Ausbeutung verneint und die antagonistischen Widersprüche dieser Gesellschaft nicht mehr kennt ...

(allgemeine Unruhe –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Entschuldigung, das hat doch nichts mit dem Thema zu tun.)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Herr Abgeordneter Borrmann, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie hier eine Einbringungsrede zu einem Antrag haben. Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen.

(Stefan Köster, NPD: Macht er doch!)

Herr Abgeordneter Köster, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf wegen Beleidigung der Amtsführung des Präsidenten.

Herr Borrmann, Sie haben das Wort.

**Raimund Frank Borrmann, NPD:** Dass selbst DIE LINKE Karl Marx heute wie einen toten Hund behandelt, den Klassenkampf ablehnt, die Ausbeutung verneint und keine antagonistischen Widersprüche dieser Gesellschaft mehr kennt, von einer Sozialpartnerschaft redet, die eigentlich zuerst von den Nationalsozialisten propagiert wurde,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Borrmann, kommen Sie bitte zum Thema!)

führt die marxistische Theorie von Basis und Überbau, konsequent auf sich selbst angewandt, zu dem Schluss, dass sich irgendetwas prinzipiell verändert haben muss.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Soll ich mal vorlesen, wie das Thema heißt? „Erarbeitung einer Konzeption zur Überwindung der strukturellen Krise und des ökonomischen Zusammenbruchs der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern.“ Aber davon höre ich nichts. Davon höre ich nichts. –  
Jörg Vierkant, CDU: Das ist sein Antrag.)

Selbstverständlich ist das nur für jene wichtig, die in der Methode von Marx und seinen Theorien einen möglichen, wenngleich nicht den einzigen Ansatz sehen, aus den unfruchtbaren und nicht umsetzbaren Ansprüchen dieses Systems „Demokratie, soziale Marktwirtschaft und Freiheit“ heraustreten zu wollen, denn die Landesregierung kann innerhalb der Schranken dieser Dogmen

und ihrer technokratischen Folgerungen nur nötigen, das heißt, notrechtlich aufzwingen, aber keine Einsicht in die Notwendigkeit leisten, also keine Rezepte liefern, die die Not dauerhaft und wesentlich vom System her wenden.

Die Fischer Mecklenburg-Vorpommerns, die Milchbauern und andere landwirtschaftliche Produzenten produzieren, von konjunkturellen Schwankungen abgesehen, auf Kosten der Substanz. Sie verzehren, besonders gegenwärtig, Eigenvermögen, lösen ihre Lebensversicherungsverträge auf, handeln aber weiter ohne Gewinn. Die klassische Ökonomie stellt hier den Bankrott als reinigendes Gewitter, das die Unterlegenen vom Markt fegt, dar. Doch in der Realität produzieren diese immer weiter, handeln auf Pump, verschulden ihre Höfe und Häuser.

(Zuruf von Mathias Löttge, CDU)

Helmut Holter hat einmal behauptet, in einer gesunden Ökonomie könne man nur das verbrauchen, was vorher erarbeitet worden sei. Andere Etablierte reden oft ähnlich, wenn sie vorgeben, mit Schuldenbremsen des Phänomens der Staatsverschuldung Herr zu werden. Ist diese Ökonomie krank?

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Hier zeigt sich ein grundlegendes Unverständnis der neueren Entwicklung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Weltökonom aus Doberan oder Grimmen. –  
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Unser Rechtssystem, die Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre, stellt seit den Zeiten der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals die zunehmende Rolle infrage.

(Jörg Vierkant, CDU:  
Reden Sie jetzt zum Thema!)

Die zunehmende Rolle des internationalen Finanzkapitals im Umfeld des Ersten Weltkrieges führte schon damals zu ökonomischen Verwerfungen, die Gottfried Feder in seinen Überlegungen zur Zinsknechtschaft geißelte.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:  
Er ist immer noch nicht beim Thema.)

Autarkiebestrebungen und strenge Außenwirtschafts- und Devisenkontrolle des Nationalsozialismus,

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und  
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

aber auch anderer Staaten, sind eine wirtschaftliche Reaktion, die eine Entwicklung begleiten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hören Sie doch auf, die Nazis zu verteidigen!)

in der die Transformation der von Marx beschriebenen kapitalistischen Produktionsweise begann, die bis heute anhält.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Ach, das ist doch alles ...!)

Der Analyse dieser Produktionsverhältnisse hat sich bisher niemand verschrieben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Soll ich jetzt noch einmal das Thema des Antrags vorlesen, damit Sie wissen, über was wir reden wollen?)

nicht einmal die LINKEN, die sich an die Fleischtöpfe dieses Systems gewöhnt haben. Regierungen, Verwaltungen, politische Parteien und gesellschaftliche Kräfte hausen in ihren Betrachtungen und Handlungsmustern in der Sphäre von Zirkulation und Distribution.

(Beate Schlupp, CDU:  
Und was ist jetzt das Konzept?)

Sie streiten um Steuerquoten, Subventionen und Klientelförderung, ohne ihren partikularen Ansatz überwinden zu können.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Der Ansatz für eine Erkenntnis dieser neuen Produktionsverhältnisse ist die Analyse der tatsächlichen Herrschaft

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

im Produktionsgeschehen und der Kritik des Eigentumsbegriffs.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –  
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:  
Halten Sie solche Reden auf Ihren Parteitagern!)

Wie kommt es dazu, dass Bauern beklagen, es könne nicht sein, dass ein Bauer an die Molkerei liefert, aber erst 50 Tage später den Kaufpreis erfährt? Feudalismus – fragt dieser Bauer. Dies zeigt, wie wichtig die Vorüberlegungen sind, um die in unserem Antrag eingeforderten Konzepte auf eine solide Basis zu stellen. Dies zeigt, wie wichtig die scharfe Waffe der Kritik ist,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

damit nicht eines Tages die Kritik scharfer Waffen neue Verhältnisse revolutioniert.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Schildt.

(Egbert Liskow, CDU:  
Das ist eine Herausforderung.)

Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erklär uns doch mal, was Herr Borrmann gesprochen hat. –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

**Ute Schildt, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Borrmann, Ihre braunen Märchen für Erwachsene haben Sie offenbar nicht unters Volk bringen können. Jetzt versuchen Sie es mit philosophischen Aufsätzen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Die keiner versteht.)

die auch keiner will, und nun wollen Sie uns diese hier aufdrängen, aber das klappt auch nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Nein, natürlich nicht.)

Deshalb, meine Damen und Herren, jetzt etwas zu dem uns schriftlich vorliegenden Antrag, denn auf den Inhalt ist Herr Borrmann im Wesentlichen ja gar nicht eingegangen. Wenn man es nicht besser wüsste, würde man sich fragen, wie naiv und bar jedwedem Realitätssinnes müssen die Autoren dieses Antrages sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das haben wir ja eben gesehen bei Herrn Borrmann.)

Aber nein, meine Herren der Fensterreihe, Naivität nehmen wir Ihnen nicht ab. Dieser Antrag ist wie jeder Ihrer Anträge von einer menschenverachtenden, ausländerfeindlichen, deutschtümelnden Ideologie geprägt.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wir, das heißt alle demokratischen Parteien dieses Hauses, verwahren uns auf das Schärfste gegen Ihren Versuch, die Bäuerinnen und Bauern unseres Landes für Ihre Ziele zu missbrauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –  
Michael Andrejewski, NPD: Wir wollen raus aus der EU.)

Der europafeindliche Ansatz Ihres Antrages und die dahintersteckende Vorstellung einer autarken deutschen Landwirtschaft im 21. Jahrhundert sind schlichtweg lächerlich.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie können sicher sein, dass unsere Landwirte Ihnen nicht auf Ihren Leim gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber zur Lage: Es ist mittlerweile eine Binsenweisheit, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise auch unsere Landwirte hart getroffen hat. Wir alle erleben das, denn wir nehmen die Proteste und die Ankündigungen unserer Landwirte ernst.

(Udo Pastörs, NPD: Und was tut ihr? –  
Stefan Köster, NPD: Ihr verarscht die doch.)

Dass wir dabei die Landwirtschaftsbetriebe unseres Landes nicht im Regen stehen lassen ...

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Frau Abgeordnete Schildt, einen kleinen Moment.

Herr Abgeordneter Pastörs, wegen einer erneuten nicht der entsprechenden Ordnung des Hauses gemachten Formulierung,

(Zuruf aus dem Plenum:  
Das war Herr Köster!)

Herr Köster, Entschuldigung, nicht Herr Pastörs, Herr Köster,

(Udo Pastörs, NPD: Ich bitte Sie!)

entschuldigen Sie,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er hat sich doch entschuldigt. Setzen Sie sich hin!)

erteile ich Ihnen einen zweiten Ordnungsruf. Herr Köster, ich weise Sie darauf hin, sollten Sie noch einmal eine entsprechende Formulierung in diesem Hause wählen,

werde ich Ihnen mit einem dritten Ordnungsruf auch das Wort entziehen.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs tritt an das Präsidium heran.)

Das werden wir dann prüfen. Dafür gibt es keine Auszeit.

Frau Schildt, bitte sprechen Sie weiter.

**Ute Schildt**, SPD: Danke schön.

Dass wir dabei die Landwirtschaftsbetriebe unseres Landes nicht im Regen stehen lassen, zeigen die zahlreichen parlamentarischen Initiativen und die Maßnahmen des Bundes und der Landesregierung zur Abfederung der Auswirkungen dieser Krise in jüngster Vergangenheit. Ich nenne hier nur einige Bausteine:

Erstens. Das Vorziehen der Auszahlung der Betriebsprämie für den frühestmöglichen Zeitpunkt.

Zweitens. Zur Überbrückung werden zinsverbilligte Liquiditätshilfen der landwirtschaftlichen Rentenbank mit einer Laufzeit von vier Jahren möglich.

Drittens. Der Agrardiesel ist wieder billiger.

(Udo Pastörs, NPD: Ach, da haben die Bauern was davon? 20 Cent!)

Sowohl der Selbstbehalt von 350 Euro ...

(Udo Pastörs, NPD: Der Agrardiesel ist billiger. Dann ist ja alles in Ordnung.)

Die Bauern haben etwas davon, aber ich werde mit Ihnen nicht diskutieren.

Sowohl der Selbstbehalt von 350 Euro wie auch die ungerechte 10.000-Liter-Obergrenze

(Udo Pastörs, NPD: Lächerlich!)

bei der Mineralölsteuerrückerstattung sind abgeschafft und für zwei Jahre ausgesetzt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, da haben die Bauern was davon.)

Die Landesregierung gewährt überdies Betrieben in unserem Land beihilfefreie Bürgschaften

(Udo Pastörs, NPD: Dann können sie sich noch mehr verschulden.)

für Umlaufmittelkredite für bis zu 80 Prozent der Darlehenssumme. Das ist bundesweit einmalig.

(Udo Pastörs, NPD: Das eröffnet die Möglichkeit für noch mehr Verschuldung.)

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass die Krise in der Landwirtschaft überwunden werden wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Das wird aber nicht nur der staatlichen Hilfe zu verdanken sein, sondern vor allem der Tatsache, dass unsere Landwirtschaftsbetriebe inzwischen hervorragend aufgestellt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Mut zu Investitionen und hoch produktive Strukturen haben die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe gestärkt. Dies wäre aber nicht möglich gewesen ohne die Integration unserer Landwirtschaft in die gemeinsame Agrarpolitik Europas. Bei aller berechtigten Kritik

an einzelnen Maßnahmen und Entscheidungen der EU wissen die Landwirte in unserem Land, dass ohne Europa eine moderne und wettbewerbsfähige Landwirtschaft nicht realisierbar gewesen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Das ist doch Blödsinn, was Sie erzählen! Das merkt man.)

Ich darf daran erinnern, dass ...

**Vizepräsident Andreas Bluhm**: Frau Abgeordnete Schildt, einen Moment bitte.

Herr Abgeordneter Pastörs, jetzt erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf für die entsprechende unparlamentarische Behauptung, dass es ...

(Udo Pastörs, NPD: Blödsinn sei! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Richtig.

**Ute Schildt**, SPD: Ich darf daran erinnern, dass seit 1990 neben den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ über 8 Milliarden Euro aus Europa in die Landwirtschaft und die ländlichen Räume von Mecklenburg-Vorpommern geflossen sind.

(Udo Pastörs, NPD: Wir zahlen jedes Jahr über 1,8 Milliarden in den Topf ein.)

Für die Jahre 2009 und 2010 sind Zahlungen für Betriebsprämien und flächengebundene Agrarumweltmaßnahmen in Höhe von 465 Millionen Euro vorgesehen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Bruchteil dessen, was wir einzahlen. Das vergessen Sie.)

Die Vorstellung der NPD und der von ihr gewünschte organisierte Widerstand gegen die EU-Politik würden den wirklichen Kollaps der Landwirtschaft in unserem Land bedeuten.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das merken wir. Ja, ja.)

Dazu sind die Landwirte viel zu klug.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Meine Damen und Herren, eigentlich ist es müßig,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ernsthaft auf die einzelnen Punkte des NPD-Antrages einzugehen. Zur Passage über die Küstenfischerei aber so viel: Es ist schon eine Dreistigkeit vom Abgeordneten Borrmann, Mitglied des Landwirtschaftsausschusses, die Problematik der Küstenfischerei auf Fangquoten – und da haben wir wieder den chauvinistischen Grundtenor –, auf ausländische Fischer zu reduzieren.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, die Polen machen die Ostsee leer.)

Gerade vor zwei Wochen hatten wir im Landwirtschaftsausschuss eine Anhörung zum Thema „Auswirkung der Quotenregulierungen auf die Kutter- und Küstenfischerei in Mecklenburg-Vorpommern“. Gehört wurden die Wissenschaft, der Bund und die Europäische Kommission. Hätte Herr Borrmann hingehört, hätte er wissen können, dass die Schonung von Fischbeständen Voraussetzung für die langfristige Existenz der Kutter- und Küstenfischerei ist,

(Udo Pastörs, NPD: Das machen die Polen nicht, die fischen schwarz einfach weiter. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

hätte er wissen können, dass Wirtschaftlichkeit der Kutter- und Küstenfischerei nicht allein von Fangquoten abhängt, sondern wesentlich von sich zyklisch entwickelnden Preisen, hätte er wissen können, dass 30 bis 40 Prozent der jährlichen Gesamtfangergebnisse aus dem Fang der Fischarten ohne Quotenregulierungen resultierten, hätte er wissen können, dass bei der Beifangproblematik Lösungen angestrebt werden, dass Marketingoffensiven nicht quotierter Fischarten wirtschaftliche Chancen für Kutter- und Küstenfischer eröffnen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und so weiter und so weiter. Herr Borrmann hätte zuhören müssen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Was verlangen Sie denn von diesem Pseudophilosophen alles?! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Aber: böse Thema verfehlt!

Ihren verqueren Vorstellungen zum ökologischen Landbau will ich nur kurz Taten durch Fakten belegt entgegensetzen. Im Zeitraum 2000 bis 2006 wurde der ökologische Landbau mit circa 70 Millionen Euro gefördert. Für den Zeitraum 2007 bis 2013 werden circa 115 Millionen Euro geplant.

(Udo Pastörs, NPD: Setzen Sie das mal ins Verhältnis zu den normalen landwirtschaftlichen Subventionen, dann ist das nichts.)

Damit sind in der kommenden Förderperiode über 50 Prozent mehr Mittel als bisher vorgesehen. Man muss nur richtig lesen.

763 ökologisch wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe bewirtschaften eine Fläche von 120.200 Hektar. Das entspricht 8,9 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Damit nimmt Mecklenburg-Vorpommern mit Bayern und Brandenburg eine Spitzenposition ein. In der Zeit von 2002 bis 2009 haben wir einen Zuwachs von 27.000 Hektar. Mit Stand 31.07.2009 gibt es in Mecklenburg-Vorpommern 955 zertifizierte Unternehmen nach der EU-Öko-Verordnung. Ihr Antrag, meine Damen und Herren, wird deshalb abgelehnt.

(Udo Pastörs, NPD:  
Auch das noch! Auch das noch! –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie haben keine Ahnung, was Sie da aufs Papier gebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete Schildt.

Herr Abgeordneter Leonhard, wegen der persönlichen Beleidigung eines Abgeordneten der Fraktion der NPD erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf gemäß unserer Geschäftsordnung.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Borrmann. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Noch mal? Oh nee! Kann man da nicht mal einen reden lassen, der ein bisschen Ahnung von Landwirtschaft hat? Ein bisschen. Ich verlange ja gar nicht viel. – Reinhard Dankert, SPD: Wenigstens ein bisschen.)

**Raimund Frank Borrmann, NPD:** Herr Präsident! Bürger des Landes!

(Reinhard Dankert, SPD: Was gibt's denn, Kamerad Borrmann? – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Warum sollen Überlegungen menschenverachtend sein, wenn man sich über Bedingungen, unter denen Menschen zusammenleben, wirtschaften und zu überleben suchen, verständigt?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Weil sie andere ausgrenzen, deshalb.)

Warum werfen Sie uns vor, etablierte Abgeordnete, wir würden Menschen missbrauchen? Es sind doch die Bauern, die protestieren, die Fischer, die protestieren,

(Udo Pastörs, NPD:  
Sie werden missbraucht von euch.)

und zwar nicht gegen uns, sondern gegen euer System,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die brauchen ganz bestimmt nicht Ihre Hilfe.)

gegen das System, das ihr geschaffen habt, ein System, das sie knechtet, diese Bauern.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Sie protestieren gegen euch, solange sie noch protestieren können, solange sie überhaupt noch Herr auf ihrem Hof sind,

(Reinhard Dankert, SPD:  
Euch interessiert doch dieses System nicht, was regt ihr euch überhaupt auf?)

der ja längst verpfändet ist, der längst abdanken gegangen ist. Sie sind in der Zinsknechtschaft eingefangen.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir kommen sie denn davon los?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie sieht denn Ihr Modell aus? Erzählen Sie doch mal, wie Ihr Modell aussieht, Herr Borrmann!)

Sie arbeiten doch nur noch für fremde Güter, nicht mehr für sich selbst. Die Eigenkapitalquote ist dermaßen niedrig,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Borrmann, erzählen Sie uns doch mal, wie denn der nationale Bauer wirtschaftet.)

dass es sich eigentlich gar nicht mehr lohnt.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sie sind wie Lehnssklaven im Mittelalter gekettet an ihre Scholle.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sagen Sie uns mal, wie der nationale Bauer wirtschaftet. Hallo!)

Sie haben sie dazu gebracht, nicht wir.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie sieht  
dann Ihr Modell aus?)

Autarkie

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

bedeutet Freiheit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Wenn ich autark sein kann, mein eigener Herr sein kann,  
was soll daran schädlich sein?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann  
verhungern Sie in der heutigen Zeit.  
Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen.)

Warum soll ich jedes Mal nach Brüssel fahren und dort  
fragen,

(Ute Schildt, SPD:  
Bleiben Sie auf Ihrer Scholle! –  
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

ob ich überhaupt Milch zapfen darf, ob ich Kartoffeln  
anbauen soll oder ob ich fischen darf?

(Udo Pastörs, NPD: Richtig! Richtig!)

Warum bestimmen das irgendwelche Götter in einer  
fremden Stadt, die gar nicht wissen, die nicht mal  
Deutsch reden können im Ausschuss,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

nicht mal deutsche Worte kennen, weil sie sagen, ich  
spreche überhaupt nicht mehr Deutsch,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Das können Sie doch auch nicht.)

ich spreche nur noch Englisch,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Sprechen Sie doch mal andere Sprachen!)

die überhaupt nicht wissen, wie ein Fisch aussieht, die  
noch nicht mal einen Fisch gebraten haben?

(Beate Schlupp, CDU:  
Das ist eine Unterstellung. –  
Zurufe von Ilka Lochner-Borst, CDU,  
und Udo Pastörs, NPD)

Warum soll das schlecht sein? Und Sie reden davon,  
Sie lassen die Bauern nicht im Regen stehen. Jemand,  
der abgesoffen ist, den muss man nicht mehr im Regen  
stehen lassen.

(Michael Andrejewski, NPD:  
Der hat schon genug Wasser.  
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ja.

Sie haben doch nur technokratische Reaktionen auf  
diese Krise.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja.)

Warum gibt es denn diese Krise überhaupt? Wieso  
existiert denn ein System, in dem Billionen einfach  
verschwinden?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wieso ist das so? Das ist euer System,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie sieht  
dann Ihr System aus, Herr Borrmann?)

wir haben das nicht geschaffen. Es werden Billionen  
vernichtet, die Zukunft von Millionen Menschen wird  
vernichtet durch euer System. Das ist doch nicht unsere  
Erfindung.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,  
Wolf-Dieter Ringguth, CDU,  
und Irene Müller, DIE LINKE)

Und die Zukunft dieser jungen Menschen, die dort hinten  
sitzen, wird dadurch vernichtet, dass ihnen Schulden  
aufgebürdet werden, aus denen sie nie wieder heraus-  
kommen, denn die haften für dieses System, nicht wir  
und auch nicht Sie.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Entlasten Sie  
uns von dem Übel und setzen Sie sich hin! –  
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Genau.)

Sie haben genug Diäten, um sich Ihren Lebensabend zu  
versüßen, aber die dahinten, ob die mal Rente kriegen,  
wer sagt denn das? Dieser Staat ist doch quasi pleite.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion  
der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Ach Gott, Herr Borrmann!)

Ja, so ist das.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Wir sind doch hier nicht in der Kneipe.  
Das ist doch Stammtischgetöse!)

Und was soll daran menschenverachtend sein, das zu  
brandmarken und mal darüber nachzudenken, wieso es  
überhaupt in diesem System dazu kommt?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mein Gott!)

Kann man denn überhaupt noch vom Kapitalismus spre-  
chen in einer Zeit, in der Kapitalisten, sogenannte Unter-  
nehmer, gar kein Kapital mehr haben?

(Michael Andrejewski, NPD: Und das Kapital  
verschwindet. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wo ist denn das Kapital, wenn die Unternehmen nur noch  
sechs, sieben oder acht Prozent Eigenkapital haben und  
zu den Banken rennen müssen, damit sie überhaupt ihr  
Feld bestellen können?

(Udo Pastörs, NPD: Um das Saatgut zu kaufen.)

Was ist das für ein System? Und Sie reden von Wett-  
bewerbsfähigkeit. Wer nimmt denn am Ende an diesem  
Wettbewerb noch teil? Die Arbeitskräfte in den Werften  
haben sich geviertelt.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

In der Landwirtschaft ist sie zurückgegangen. Ein Wett-  
bewerb von Toten oder was, von wirtschaftlich über-  
haupt nicht mehr Existenten?

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Was ist das für ein System? Fischern werden die Quoten  
vorgeschrieben, sie werden erdrosselt, während ande-  
ren, die illegal fischen, noch die Quoten erhöht werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Was ist das für eine Gerechtigkeit? Das ist überhaupt  
keine Gerechtigkeit.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Und Sie sagen, Sie fördern den ökologischen Landbau.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Aber Ihr System von '33 bis '45,  
das war demokratisch, oder?)

Was ist das für ein System, in dem der ökologische Landbau gefördert werden muss, in dem Giftspritzer jederzeit die Felder zuknallen? Wir fressen den Dreck und da muss der ökologische Landbau gefördert werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Das ist doch irre, was Sie da erzählen! –  
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Warum ist es nicht völlig normal, dass Bauern ihre Früchte so ausbringen, dass sie normal wachsen und nicht Gift die ganzen Sachen kaputt macht? Warum muss das so sein?

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –  
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:  
Das Gift, das weiß, wo es herkommt.)

Weil dieses System krank ist.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das ist die Idee, die wir verkörpern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Welche Idee denn? Erzählen Sie es den  
Leuten da hinten mal, welche Idee Sie haben!)

Dieses System hat keine Zukunft.

Und in der Landwirtschaft widerspiegelt sich das genauso wie in der Werftindustrie, in der Bankenindustrie, im Bildungssystem,

(Udo Pastörs, NPD:  
Autoindustrie, im Benzinbereich.)

in der Reproduktion unserer Bevölkerung, weil wir keine Kinder mehr haben. Das System ist krank, das ist die Aussage, die ich treffen wollte. Und ich habe überlegt: Warum ist das so?

(Beate Schlupp, CDU:  
Und was ist das für ein Konzept?)

Weil sich die ökonomische Produktionsweise geändert hat. Weil wir nicht mehr in einem Kapitalismus leben, sondern in einer postkapitalistischen Gesellschaft, in der transnationale Bankensysteme

(Michael Andrejewski, NPD:  
Die noch schlimmer ist.)

dieses System durchtränken und erpressen und aussaugen.

(Udo Pastörs, NPD: Aussaugen.)

Das war die Idee, die ich verkörpert habe.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der Aussprache.

Ich komme zur ...

(Der Abgeordnete Jochen Schulte  
bittet um das Wort. – Udo Pastörs, NPD:  
Das war schon abgehakt.)

Herr Abgeordneter Pastörs, es gibt noch eine Wortmeldung und wenn es noch Redezeiten gibt, ist dies möglich.

Bitte schön, Herr Abgeordneter Schulte.

**Jochen Schulte,** SPD: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Borrmann, was Sie hier eben gesagt haben,

(Zuruf von der Fraktion der NPD:  
Ist alles richtig gewesen.)

ist ein typisches Beispiel für die Verdummdeubelung der Menschen in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Sie wollen den Menschen in diesem Land weismachen,

(Udo Pastörs, NPD: Dass alles nicht stimmt.)

dass das, was Sie als autarke Wirtschaftskreisläufe bezeichnen, dazu führen würde, dass es den Menschen hier in diesem Land besser gehen würde.

(Stefan Köster, NPD: Die Bauern und die Fischer  
haben die besten Existenzgrundlagen durch Sie.)

Wir wissen, wenn Sie sich tatsächlich mal

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU,  
und Udo Pastörs, NPD)

mit der Geschichte dieses Landes beschäftigt hätten, dann wüssten Sie, dass die Versuche, Autarkie zu produzieren, nur zu einem einzigen Ergebnis geführt haben. 1939 hat die Wehrmacht Polen überfallen,

(Udo Pastörs, NPD:  
Ach, jetzt kommt das wieder!)

unter anderem auch, weil für die Wirtschaftskreisläufe

(Michael Andrejewski, NPD:  
Was wären Sie ohne Hitler?!)

in diesem Land Rohstoffe und Materialien aus anderen Ländern gebraucht wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und wie dumm Ihre Äußerungen tatsächlich sind, zeigt sich doch schon an dem Beispiel, dass gerade die Werftarbeiter, von denen Sie ja eben hier gesprochen haben, ihre Schiffe halt nicht in Mecklenburg-Vorpommern verkaufen können, sondern sie international verkaufen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –  
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Was machen denn diese Menschen, wenn wir tatsächlich so idiotisch wären in diesem Land und auf Ihre Wirtschaftsvorschläge, egal in welchem Bereich,

(Udo Pastörs, NPD: Egal,  
die haben auch so keine Arbeit.)

egal ob in der Industrie oder in der Landwirtschaft, eingehen würden?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut, Jochen! –  
Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,  
und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Dann würden die Reeder in Frankreich, in den USA oder in Italien ihre Schiffe nämlich auch in ihrem Land kaufen

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

und nicht mehr in Deutschland und wir könnten sicher sein, dass wir die Werften in diesem Land dichtmachen müssen,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:  
Die machen Sie sowieso bald dicht.)

weil kein Mensch würde hier mehr Schiffe bauen können, weil wir sie nicht selber mehr nutzen könnten. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2782. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2782 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und der FDP abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der NPD hat Beratungsbedarf. Ich unterbreche die Sitzung für 20 Minuten. Wir setzen um 11.00 Uhr fort.

**Unterbrechung: 10.41 Uhr**

**Wiederbeginn: 11.02 Uhr**

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Bologna-Prozess optimieren, auf der Drucksache 5/2772.

**Antrag der Fraktion der FDP:  
Bologna-Prozess optimieren  
– Drucksache 5/2772 –**

Das Wort zur Begründung hat Vizepräsident Kreher. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Hans Kreher, FDP:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gilt derzeit als schick, was im Hochschulbereich nicht rund läuft – und das ist durchaus einiges –, dem Bologna-Prozess anzuhafeln: schlechte Betreuungsverhältnisse, Leistungsdruck und Mobilitätshemmnisse. Der Sündenbock Bologna ist stets zur Hand. Bologna ist in der Kritik und da ist sicher ein guter Teil berechtigter Kritik dabei.

Manches fällt aber auch in die Rubrik „das Kind mit dem Bade ausgießen“. Das Fatale dabei ist, dass die wirklichen Ursachen unbenannt bleiben und unter den Tisch fallen. Das ist weder redlich noch in der Sache förderlich. Mit dem realistischen Blick in die Zeit vor zehn Jahren erklärt sich, dass mit den Reformen Hoffnungen geweckt wurden, die – und da sind wir bei den Problemen – eben nicht alle erfüllt wurden. Manche waren vielleicht überzogen, wenn man jedoch die Sache realistisch betrachtet, ist die Bilanz besser als oft dargestellt.

Aber auch die, die kritisieren, haben ernsthafte Anliegen, meine Damen und Herren. Wenn der Deutsche Juristen-Fakultätentag sagt, Bologna sei in allen Zielen gescheitert, dann ist das sicherlich nicht richtig. Was hier zum Ausdruck kommt, ist aber auch das Gefühl, eine Reform aufgezwungen bekommen zu haben, die man nicht wollte und mit deren Umgang man nun auch noch allein gelassen wird.

Die in unserem Antrag aufgelisteten Punkte zeigen, dass Politik, Wirtschaft und in weiten Teilen die Hochschulen selbst einer ganzen Reihe von Pflichten nicht oder nur schleppend nachgekommen sind. Dies, meine Damen und Herren, muss sich schleunigst ändern, denn es besteht die Gefahr, dass der Reformprozess auf drei Vierteln des Weges ins Stocken kommt und im Dickicht der Bedenken, Vorbehalte und vagen Ängste stecken bleibt. Aber eine Rolle rückwärts, meine Damen und Herren, darf es nicht geben. Das ist jedenfalls die Auffassung unserer Partei und unserer Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –  
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Genau, Herr Methling, darauf gehe ich gerne ein. Ja, Herr Methling, darauf gehe ich gerne ein.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich habe Ihnen das auch selbst offen gesagt,

(Udo Pastörs, NPD:  
Vorwärts immer, rückwärts nimmer!)

deshalb wissen Sie es ja auch, es ist auch in Bereichen unserer Partei umstritten und gerade deshalb haben wir uns in unserem Landesfachausschuss sehr intensiv damit befasst und haben hier aufgrund dieser Tatsache einfach Handlungsbedarf gesehen. Also klar, es gibt in dieser Frage bei uns einen sehr lebhaften Meinungsaustausch, einen sehr lebhaften Streit, durchaus.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ich denke, das ist in einer Partei ganz normal. Ich hoffe, dass das bei Ihnen auch so ist.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Bund und Länder tragen eine Verantwortung dafür, dass der Bologna-Prozess zu einem guten Ende geführt wird, denn nur so ist sichergestellt, dass die Lebensplanung und Perspektive von Studierenden nicht in Mitleidenschaft gezogen wird.

Ich persönlich bin ein großer Anhänger der Diplomstudiengänge, aber die Frage kann doch nicht lauten: Wollen wir Diplom oder Bologna? Deutlicher, drastischer formuliert wird das auch mal so ausgedrückt: Wollen wir unsere guten Diplomstudiengänge gegen einen minderwertigen Bachelor oder Master eintauschen? Eine solche Frage ließe nur eine Antwort zu: Nein, das wollen wir natürlich nicht. Die Konsequenz hieße: raus aus dem Reformprozess, und zwar so schnell wie irgend möglich. Wenn eine solche Frage ihre Berechtigung hätte, würde dies aber auch bedeuten, dass jene, die diese Reform erdacht und beschlossen haben, entweder böswillig oder dumm gewesen wären. Beides mag ich nicht glauben und ein Blick auf die Ziele lässt auch keines von beidem vermuten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aber ein bisschen gerirrt haben sie sich schon.)

Es kommt auf die Umsetzung der Reform, Herr Professor Methling, und die Konzeption von Studienangeboten an, beides unzweifelhaft Aufgaben der Hochschulautonomie. Hier müssen die Hochschulen selber Hand anlegen und den gegebenen Handlungsspielraum nutzen. Es kommt aber auch auf die institutionellen Rahmenbedingungen an, etwa Landeshochschulgesetze und Hochschulverträge.

Wichtig ist hier vor allem etwas, was uns seitens der Hochschulrektorenkonferenz in den letzten Jahren immer wieder in Erinnerung gerufen wurde: eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Hochschulen. Die Hochschulrektorenkonferenz hat immer wieder darauf hingewiesen, dass neben der ohnehin drastischen Unterfinanzierung der Hochschulen ein wesentliches Problem der Umsetzung von Bologna eben genau darin besteht, dass diese Fundamentalreform der Hochschullehre ohne einen einzigen Euro zusätzlichen Geldes bewerkstelligt werden musste und muss.

Es ist schon eine Farce, dass SPD und CDU – ohne mit der Wimper zu zucken – für die Abwrackprämie Milliarden bereitgestellt haben, Bildung, Wissenschaft und Forschung aber der Haushaltslage anheimgestellt werden. Ein Skandal ist das aus unserer Sicht, meine Damen und Herren, und es ärgert mich persönlich maßlos, wenn ich sehe, wie diese hirnrissige Geldverschwendung die Grundlage für einen so dringend notwendigen Substanzaufbau bei Wissenschaft und Forschung bedroht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –  
Zuruf von Minister Henry Tesch)

Aber es geht ja im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bologna-Prozesses nicht nur um eine adäquate Ausfinanzierung der Studienplätze.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Wichtig ist auch, für die entsprechenden Bedingungen für Studierende zu sorgen. Und ich zitiere: „Bisher aufgetretene Probleme bei der Umsetzung der Bologna-Reform, wie die tendenziell rückläufige Mobilität der Bachelor-Studierenden, steigende Leistungs- und Prüfungsanforderungen, zunehmender Stress oder geringerer zeitlicher Spielraum für studienfinanzierende Erwerbstätigkeit, machten adäquate, leistungsfähige Service- und Beratungsangebote für Studierende immer wichtiger.“ So formuliert es das „Deutsche Studentenwerk“ in seiner aktuellen Ausgabe, weist aber auch darauf hin, dass der Bologna-Prozess zum weltweiten Vorbild für internationale Studienstrukturen geworden ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:  
Werden kann. – Zuruf von  
Irene Müller, DIE LINKE)

Geworden ist.

Selbst in den USA, wo konsekutive Studiengänge eine lange Tradition haben, schaut man sehr genau auf den europäischen Reformprozess. Die Harmonisierung, nicht die Standardisierung, meine Damen und Herren, der Lernziele gilt weltweit als beispielhaft, genauso wie die Orientierung der Studienabschlüsse an Lernergebnissen und -kompetenzen und die Vergleichbarkeit der Studienergebnisse durch ein einheitliches Punktesystem.

Den hartnäckigen Kritikern der Reform sei gesagt, dass das Lamentieren über das Fehlen von humboldtschen Idealen in Form von mehr humanistischen Bildungsansprüchen oft ein Trugschluss ist.

Wolf Wagner schreibt in seinem Gastkommentar in der aktuellen DSW-Ausgabe, also „Deutsches Studentenwerk“, Zitat: „Diese Vermischung“ von Menschenbildung und Berufsausbildung in Deutschland „geht in der Regel auf Kosten der Berufsausbildung“ und nicht umgekehrt. Amerika könnte auch hier ein Vorbild sein, da hier beides von den Hochschulen geleistet wird mit einem besseren Betreuungsaufwand.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich komme zum Schluss. Ich bitte Sie darum, sich wirklich genau zu überlegen, ob Sie heute unseren Antrag einfach ablehnen. Uns wäre es sehr, sehr wichtig – und deshalb haben wir das hier auch auf die Tagesordnung gesetzt, ...

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Herr Abgeordneter Kreher!

**Hans Kreher, FDP:** ... dass wir gemeinsam ...

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Hans Kreher, FDP:** ... zu einer Lösung kommen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter Kreher.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Lochner-Borst. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Ilka Lochner-Borst, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Kreher, Sie haben hier eben von einer „Farce“ und einem „Skandal“ gesprochen. Das, was wir gerade hier von einem ehemaligen Lehrer erlebt haben, das halte ich für eine Farce und so etwas habe ich in diesem Landtag noch nie erlebt.

(Udo Pastörs, NPD: Oh,  
ist das skandalös! Oh, Skandal!)

Hätten Sie bei dem, was Sie eben getan haben, einen Ihrer Schüler erwischt, hätten Sie ihm die Arbeit weggenommen und hätten ihm eine Sechsk druntergeschrieben. Ich lese vor, Uwe Barth im Deutschen Bundestag: „Bologna ist in der Kritik und es gilt derzeit als“ schick, „alles, was im Hochschulbereich nicht rund läuft ...“ – und so weiter und so weiter.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Herr Kreher, Sie haben den Antrag abgeschrieben, den Sie uns hier vorgelegt haben, fast wortwörtlich. Das ist eine Geschichte. Aber dass Sie hier Reden wortwörtlich halten, die Ihre Kollegen im Deutschen Bundestag bereits gehalten haben und die abgelehnt wurden, so etwas habe ich hier noch nie erlebt.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich habe eine Rede vorbereitet, aber unter diesen Bedingungen bin ich nicht gewillt, mit Ihnen inhaltlich überhaupt zu diesem Thema zu diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –  
Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Professor Dr. Methling. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Dr. Wolfgang Methling,** DIE LINKE: Ja, oder man muss die Quelle angeben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es nicht so wie meine geschätzte Kollegin Lochner-Borst und will mich doch in der Sache mit dem Antrag befassen.

Es liegt uns ein umfänglicher Antrag vor, der die Landesregierung auffordert, eine Vielzahl von Forderungen und Maßnahmen zur weiteren Umsetzung des Bologna-Prozesses in Mecklenburg-Vorpommern einzuleiten, die nicht alle den Bologna-Prozess betreffen und denen ich auch nicht in allen Punkten zustimme. Es wird deswegen auch nicht annähernd möglich sein, zu den Einzelpunkten in der Aussprache hier im Plenum Stellung zu nehmen, obwohl eine tiefer gehende Befassung mit den Zielen, Wegen und Ergebnissen des Bologna-Prozesses dringend nötig ist. Ich glaube, da gibt es Konsens in den Parteien, dass dazu eine Debatte, eine Bilanz und Schlussfolgerungen nötig sind. Ich beantrage deshalb die Überweisung zur weiteren Beratung in den Bildungsausschuss.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Sache ist es meines Erachtens wert, darüber zu diskutieren.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Das machen wir in der Selbstbefassung.)

Ich glaube nicht, dass Sie da Zweifel haben. Man muss ja nicht den Vorstellungen der FDP folgen.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Ja, das machen wir in der Selbstbefassung. Gerne, Herr Kollege.)

Ja. Eigentlich ist es egal, auf welchem Wege das in den Ausschuss kommt. Wir werden dann sicherlich darüber zu diskutieren haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, den Umfang und die Forderungen Ihres Antrages habe ich zunächst als große Fleißarbeit empfunden. Das wurde allerdings relativiert, als ich feststellte, dass es einen intentions- und teilweise wortgleichen Antrag Ihrer Fraktion im Bundestag gibt.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Der Antrag im Bundestag ist allerdings noch viel umfänglicher. Das ist möglicherweise der unterschiedlichen Größe der FDP-Fraktionen im Landtag und im Bundestag oder der Größe der Parlamente geschuldet. Was ich schade finde – es wäre interessant, warum Sie gerade das weggelassen haben –, ist, dass aus dem Antrag Ihrer Bundestagsfraktion die dort formulierten Anforderungen an die Hochschulen und Arbeitgeber weggelassen werden. Erst und gerade aus der Gesamtheit der Interessenlagen ergibt sich ein umfassendes Bild.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wohl inzwischen unbestritten, dass die Umsetzung des Bologna-Prozesses problematischer ist als angenommen. Es ist auch unbestritten, dass die vielfältigen Kritiken von sehr unterschiedlichen Interessengruppen nicht unberechtigt sind. Wir sollten sie ernst nehmen und uns davor hüten, sie zu ignorieren.

Es ist sicher auch unbestritten, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher. Der entscheidende, typisch deutsche Mangel bei der Ausgestaltung des Bologna-Prozesses liegt bei der Verteilung der Zuständigkeiten und Kompetenzen. Sie liegen beim Bund, sie liegen bei den Ländern, sie liegen bei den Hochschulen, sie liegen bei den Arbeitgebern gewissermaßen als Abnehmer von Hochschulabsolventen. Diese Verantwortung in weitgehend einheitliche und praktikable Festlegungen und Handlungsstrategien umzusetzen, wird in Deutschland durch die föderalen Strukturen erheblich behindert. Die Folgen sind, dass sich Entscheidungswege erheblich verlängern, die Kontrolle der Umsetzung erschwert wird, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen eingeschränkt und behindert wird und teilweise in ihre Autonomie eingegriffen wird.

Die Aufzählung könnte man in epischer Breite fortsetzen. Im vorliegenden Antrag wird allerdings auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten wenig Rücksicht genommen. Man kann die Landesregierung nur für die Punkte zum Handeln auffordern, für die sie auch zuständig ist.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Zentrum der Betrachtung müssen jedoch die Studentinnen und Studenten stehen.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Es häufen sich Anzeichen, dass die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master gerade zu ihren Lasten geht. Ich nenne exemplarisch einige Kritikpunkte:

- Das sind die Überforderung und der Stress, vor allem in den Bachelorstudiengängen, zum Beispiel wegen der starken Komprimierung des Lehrstoffes.
- Es ist die Gefahr einer sozialen Selektion.
- Es ist der Verlust der wissenschaftlichen Breite und Tiefe des Studiums.
- Es ist die Unübersichtlichkeit der Abschlüsse im nationalen und im internationalen Rahmen.
- Und es ist auch die zweifelhafte Erreichung einer tatsächlichen Berufsfähigkeit der Absolventen.

Ungeklärt ist weiterhin, ob eine generelle Umstellung auf die gestuften Studiengänge wirklich sinnvoll ist. Es ist auch die Frage zu stellen, ob nicht der Erhalt von Diplomstudiengängen oder Staatsexamen im Einzelfall sinnvoll ist. Die damit verbundenen höheren Qualitätsstandards sollten wir nicht ohne Not aufgeben.

Im Übrigen darf ich anmerken, das amerikanische Hochschulwesen, auch das englische Hochschulwesen, ist gar nicht so einheitlich, wie immer behauptet wird. Es ist sehr, sehr differenziert, auch was die Abschlüsse betrifft. Und insofern ist es sicherlich richtig, auch die amerikanischen Erfahrungen dabei mit einzubeziehen, wenn wir das Hochschulsystem weiterentwickeln wollen. In einigen Fällen, wie zum Beispiel bei der Lehramtsausbildung, bei den Juristen, bei den Theologen oder Ärzten, ist es nach wie vor nicht klar, welcher erster berufsqualifizierender Abschluss mit dem Bachelor erreicht wird.

Ich habe die Hoffnung, das sage ich hier ganz ehrlich, dass Hochschulen, Fakultätentage und andere Beteiligte dieser Uniformierung der Studien erfolgreich Widerstand leisten werden. Die Kultusministerkonferenz hat bereits im Juni 2003 in zehn Thesen einige offene Fragen thematisiert und einen Beschluss gefasst. Das hat aber offensichtlich nicht dazu geführt, dass sich grundlegend etwas ändert. Die Kritik hat sich nicht vermindert, sie ist im Gegenteil lauter geworden.

Kollege Brodkorb begrüßt in seiner Presseerklärung vom 22. September neue Pläne der Kultusministerkonferenz und meint, dass es jetzt darauf ankommt, ich zitiere: „ohne ideologische Scheuklappen selbstkritisch neue Wege“ zu „suchen“.

(Mathias Brodkorb, SPD: So ist das.)

Nichts gegen Optimismus, lieber Herr Brodkorb, aber nach zehn Jahren Bologna-Prozess habe ich doch erhebliche Zweifel, ob es diesmal klappen wird. Ich weiß auch nicht, welche Scheuklappen Sie bei wem vor Augen haben. Der grundlegende Mangel des Bologna-Prozesses ist aus meiner Sicht eben nicht unbedingt ideologischer Art, es sei denn, man versteht unter Ideologie die Absicht, eine ganzheitliche humanistische und wissenschaftliche Bildung im humboldtschen Sinne auf ein marktfähiges, marktangepasstes Bildungsprodukt zu reduzieren. Falls Kollege Brodkorb diese Ideologie meint, will ich ihm gerne beipflichten.

(Mathias Brodkorb, SPD: Sehen Sie!)

Mit großem Interesse habe ich dazu den Artikel von Professor Konrad Schily, Gründer der privaten Universität Witten-Herdecke, heute Mitglied des Deutschen Bundestages für die FDP, in der „Zeit“ vom 25.06.2009 gelesen und ich darf daraus zitieren:

Man ist „auch bei der Konzeption und Durchsetzung des Bologna-Prozesses einem bloßen politischen und ökonomischen Nützlichkeitskalkül gefolgt, das jede pädagogische Zielsetzung vermissen lässt. Angetrieben vom Phantasma größtmöglicher Effizienz, haben Bildungspolitiker aller Parteien versucht, das Bildungssystem im Dienste ökonomischer Anforderungsprofile so umzubauen, dass das gebrauchte ‚Humankapital‘ schneller und passgenauer als bisher in den Verwertungskreislauf eingeführt werden kann.“

Und an einer anderen Stelle schreibt Herr Schily: „Die Ideologie einer umfassenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche hat damit in den zurückliegenden zwei Dekaden etwas geschafft, das in seiner Tiefendimension mit der Kritik an Hartz IV und gierigen Bankmanagern nicht zu fassen ist: eine Hyperindividualisierung der Gesellschaft, in der Begriffe wie Solidarität, Diskurs und gesellschaftliche Verantwortung immer weniger verstanden werden.“

Ich glaube durchaus, dass Herr Schily mit dieser Bewertung nicht ganz den Mainstream seiner Partei trifft, aber das wird entsprechend noch zu diskutieren sein.

Ich will auch gerne auf das Interview verweisen, das Interview im neuen DSW-Journal, Herr Kreher hat schon auf diese Zeitschrift hingewiesen, ein Interview mit Professor Strohschneider, das ist der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, und den Artikel von Herrn Wagner haben Sie hier schon genannt. Ich glaube, dass es wert ist, sich mit diesen Bewertungen zu beschäftigen, das auf unser Land herabzubrechen und gemeinsam mit den Hochschulen, mit den Studierenden darüber zu reden,

wie wir den Hochschulprozess weiter gestalten. Im Interesse der Hochschulen und der Studierenden werden wir nicht umhinkommen, uns dazu zu verständigen, wie wir landesbezogen den Bologna-Prozess gestalten wollen. Dazu gehören sicherlich nicht nur strukturelle und inhaltliche Fragen, sondern auch finanzielle Rahmenbedingungen.

Ich will mit Günter Grass schließen, der von einem „weiten Feld“ gesprochen hat. Lassen Sie uns dieses Feld so gut bestellen, dass auch eine gute Ernte,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

nämlich gute Absolventen, eingefahren werden kann. In diesem Sinne möchten wir uns für diesen Antrag, für die Überweisung aussprechen, selbst wenn wir in Details andere Positionen vertreten. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Professor Dr. Methling.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Lüssow. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Birger Lüssow, NPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So langsam scheint zumindest die FDP hier im Landtag zu merken, dass der sogenannte Bologna-Prozess in einer Sackgasse steckt. Richtig zugeben wollen das die Liberalen natürlich nicht. So langsam beginnt der Traum von einem Studium ohne Grenzen in Europa, ein Studium mit freiem Hochschulzugang ohne lästigen Anerkennungsstreit zwischen Einzelstaaten zu platzen. Immer mehr Bildungsexperten und die von Bachelor- und Masterstudiengängen drangsalieren Studenten merken jetzt, dass der Traum von Bologna so nicht funktioniert, wie sich das damals einige Minister erdacht hatten.

Die Kritik am Bologna-Prozess kommt zwischenzeitlich aus fast allen politischen Lagern. Der konservative Bund Freiheit der Wissenschaft bezeichnete den Bolognaprozess gar als „Trojanisches Pferd“ für das deutsche Hochschulsystem. Der Berliner Politologe Herrfried Münkler von der Humboldt-Universität spricht von einem „strategischen Dilettantismus“. In Deutschland war die Europaeuphorie der herrschenden politischen Klasse mit Ursache dafür, dass man das bis dato hervorragend funktionierende deutsche Hochschulwesen so schnell reformierte und bolognagerecht umkremelte, dass man jetzt vor großen Problemen steht.

Den Kern unserer wissenschaftlichen Ausbildung an den Universitäten bildete in Deutschland der Grundsatz der Freiheit von Forschung und Lehre. Mit der Einführung der Studiengänge mit dem Bachelor- und Masterabschluss haben Sie für unsere Studenten nichts Gutes getan. Im Prinzip ist der Bologna-Prozess gescheitert. Dies müsste Ihnen doch auch hier im Hohen Haus von Schwerin klar sein. Selbst die Hochschulrektorenkonferenz räumt zwischenzeitlich ein, dass der Bologna-Prozess in einer Sackgasse steckt. Allerdings hätten wir uns schon eine Fehleranalyse durch die HRK gewünscht. Dies geschieht aber nicht, weil man einräumen müsste, dass die tolle Reform der Technokraten, von oben den Universitäten übergestülpt, nicht funktionieren kann. Eine Reform gegen die Betroffenen funktioniert eben meistens nicht.

Was sollte die Reform denn bewirken? Man wollte, und das wird immer deutlicher, eine schnellere Arbeitsmarkt-

fähigkeit der Studierenden. Man wollte offenbar an den Universitäten für die Großkonzerne rasch funktionierende Arbeitnehmer produzieren, die dann kritiklos alles mitmachen, was man ihnen so präsentiert, so zum Beispiel im Bereich der Atomindustrie, wo man möglichst kritiklose Technokraten möchte und eben keine mit Grundbildung ausgestatteten verantwortungsvollen Wissenschaftler. Die schnellere Arbeitsmarktfähigkeit geht aber ganz klar zulasten der Bildung.

Sie haben die Universitäten zwischenzeitlich dermaßen verschult, dass die Freiheit der Forschung und Lehre regelrecht auf der Strecke geblieben ist. Es ist aber auch augenscheinlich, dass nicht alle Bachelorstudenten, die einen Master machen möchten, dies dann auch können. Gerade dies ist ein großer Nachteil der neuen zweistufigen Struktur, die durch den Bologna-Prozess so durchgesetzt wurde. An den forschenden Instituten der Universitäten, gerade im Bereich der Chemie, können die Bachelorstudenten die Anforderungen oft nicht erfüllen, weil man dort den Masterabschluss als Mindestabschluss betrachtet.

Es passiert aber noch etwas anderes. In dem neuen System gehen immer mehr Studenten regelrecht unter, weil sie dem Druck durch die vorgegebene Vollzeitstudienwoche nicht standhalten.

Die Politik der Nationalen sieht anders aus. Wir wollen, dass auch Studenten noch studieren können, die darauf angewiesen sind, neben dem Studium auch noch zu arbeiten. Wir wollen keine Politik, bei der nur noch die Kinder von reichen Eltern studieren können. Allein mit dem BAföG, das wir für unzureichend erachten, kommt man nicht weiter.

Erstaunlich ist aber auch, dass gerade die linke Gewerkschaft GEW zehn Jahre nach Einführung der neuen Studiengänge einen radikalen Kurswechsel fordert. So führt nach einer Studie der Max-Traeger-Stiftung der Erfolgsdruck im Bachelor bei den betroffenen Studenten überdurchschnittlich oft zu Nervenerkrankungen und psychischen Erkrankungen. Immerhin sind zehn Prozent der Medikamente, die Studierenden verschrieben werden, Antidepressiva. Auch dies weist auf einen enormen Erfolgsdruck hin.

Die GEW findet es alarmierend, dass auch zehn Jahre nach dem Beginn des Bologna-Prozesses die neuen Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt oft nicht akzeptiert worden sind.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.  
Bachelor auch nicht.)

Oft würden, so die GEW, Studenten mit wertlosen Examen auf den Arbeitsmarkt geschickt. Des Weiteren seien eben nicht die Studienbedingungen verbessert worden, sondern es gebe nunmehr neue Studiengänge, die in vielen Fällen schlicht nicht studierbar seien. Hier seien 30 Prozent höhere Studienabbrecherquoten zu verzeichnen als vorher.

Die großen Ziele des Bologna-Prozesses sollten bis 2010 erreicht werden. Allerdings sind wir davon weit entfernt. Sie tragen die Verantwortung für die Schmalspurstudiengänge und für die völlige Verschulung der Studiengänge. Wir Nationalen stellen fest, der Bologna-Prozess war falsch und es ist Zeit für einen grundlegenden Wechsel.

Ich komme zum Schluss: Wir wollen wieder Studiengänge, die mit einem Diplom oder Magister abgeschlossen werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wir müssen weg von der Amerikanisierung unseres Bildungswesens.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Der Antrag der FDP ist sinnlos und wird deshalb von uns abgelehnt, weil die FDP an dem unseligen Bologna-Prozess im Prinzip festhalten will.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Es hat jetzt noch einmal im Rahmen der Diskussion das Wort für die Fraktion der FDP Vizepräsident Herr Kreher. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Hans Kreher, FDP:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Lochner-Borst!

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Na, Herr Kreher?)

Frau Lochner-Borst, ich kenne das ja von Ihnen, dass Sie sich dann, wenn Sie keine Argumente haben, immer in solche ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:  
Ach du liebe Zeit, Herr Kreher!)

Deshalb, Frau Lochner-Borst ...

Hören Sie zu!

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Nee.)

Hören Sie zu!

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Gar nicht mehr.)

Frau Lochner-Borst, ich ...

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Sie sind Lehrer.)

Dazu habe ich mich immer bekannt. Sie brauchen mir nicht vorzuwerfen, dass ich Lehrer bin, dazu bekenne ich mich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und CDU –  
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Frau Lochner-Borst, ich möchte Ihnen deshalb durchaus Folgendes sagen: Jawohl, Sie haben recht, dies ist nicht nur mit der Bundestagsfraktion, mit Herrn Uwe Barth, abgestimmt, dies ist sogar bei Fraktionskonferenzen, die wir zwischen den anderen Fraktionen hatten, beraten worden. Deshalb hören Sie bitte zu, wie bei uns der Prozess lief, damit Sie das auch verstehen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:  
Ja, der Bologna-Prozess.)

Übrigens, Uwe Barth ist, um auch das zu verstehen, nicht nur irgendwie ein ferner Parteifreund von mir,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:  
Der Ghostwriter.)

sondern ich bin mit ihm gemeinsam in Thüringen und er hat in meiner unmittelbaren Nachbarschaft Verwandte.

(Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

Deshalb ist klar, wir sind sehr eng beieinander.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:  
Dann schreibt man schon mal ab. –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Also lassen wir das!

Worum geht es? Und davon wollen Sie ablenken.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Das stimmt nicht. – Zuruf von Minister Henry Tesch)

Der Prozess bei uns lief so – hören Sie zu! –, dass auf jeden Fall auf unserem letzten Parteitag,

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Jeder Schüler kriegt 'ne Sechs fürs Abschreiben.)

eingebraucht von den Jungen Liberalen, diese Frage aufgeworfen wurde: Wie läuft das? Wir haben daraufhin diesen ganzen Prozess auch innerhalb der FDP mit in Gang gebracht. Wir haben, wie ich vorhin schon sagte, in unserem Landesfachausschuss darüber sehr genau diskutiert. Wir hatten eine Expertin dazu eingeladen, die uns noch mal diesen ganzen Prozess dargebracht hat, wo es hingehen soll. Und wenn Sie behaupten, ich hätte meine ganze Rede irgendwie abgeschrieben ...

(Udo Pastörs, NPD: Ein bisschen nur. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sie haben sie kopiert. Abschreiben, wer macht das heute denn noch?)

Ich habe nicht überprüft, was da ähnlich ist, aber auf jeden Fall, Frau Lochner-Borst, gucken Sie sich bitte an, was ich dann zum Beispiel gesagt habe zu dem, was wir aus der Zeitschrift des DSW übernommen haben.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Hier ist das Protokoll. Wortwörtlich. Wortwörtlich! Nichts ... Ach!)

Ach, Frau Lochner-Borst, wenn Sie es auf diese Weise jetzt machen,

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Alles.)

ich möchte jetzt Folgendes sagen: Unser Anliegen ist nicht, die Landesregierung anzuklagen,

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Wortwörtlich. – Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD, und Stefan Köster, NPD)

sondern die Sorgen und Nöte von Studierenden und Hochschulen ernst zu nehmen

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Barth hat von Herrn Kreher abgeschrieben.)

und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Dies können wir natürlich am besten im Bildungsausschuss. Aber uns ging es auch darum, dass dieses Problem – das weiß ich genau, dass es auch in Ihrer Partei diskutiert wird, dass es in der SPD diskutiert wird –,

(Udo Pastörs, NPD: Nur bei uns nicht. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

dass dieses Problem hier von uns in aller Offenheit diskutiert wird, die Probleme, die wir damit haben, aber auch das Suchen nach Lösungen.

Deshalb, Professor Methling, Sie haben sachlich und fachlich darauf geantwortet,

(Irene Müller, DIE LINKE: Oh, vielleicht wird es bei uns ja auch diskutiert.)

Sie haben deutlich gemacht, dass Sie in einigen Positionen unterschiedliche Auffassungen haben, aber mit Ihnen kann ich darüber diskutieren. Frau Lochner-Borst hat gar nicht gesagt, was Sie will. Sie hat nur gesagt: abgeschrieben, Note Sechs. Ich sage Ihnen, Sie haben nicht darauf geantwortet.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Das ist ein Plagiat, was Sie hier abgeliefert haben.)

Wenn es die Note Sieben geben würde, dann müssten Sie sie bekommen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich komme damit zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2772 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und der FDP, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der NPD die Überweisung abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2772 in der Sache. Wer diesem Antrag der Fraktion der FDP zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/2772 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und der FDP, Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU und der NPD und bei einer Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Meine Damen und Herren, der Tagesordnungspunkt 39 wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Ich komme damit zum **Zusatztagesordnungspunkt** – Einspruch des Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD, gegen den Ausschluss von der 75. Sitzung des Landtages.

#### **Einspruch des Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD, gegen den Ausschluss von der 75. Sitzung des Landtages**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Abgeordnete Stefan Köster hat mit Schreiben vom 16. September 2009 gegen den Ausschluss von der 75. Sitzung des Landtages Einspruch eingelegt. Dieser Einspruch und das Antwortschreiben der Präsidentin des Landtages liegen den Mitgliedern des Landtages als Tischvorlage vor.

Lassen Sie mich zu den Einsprüchen Folgendes anmerken: Gemäß Paragraf 100 unserer Geschäftsordnung entscheidet der Landtag über einen Einspruch ohne Aussprache. Interfraktionell ist vereinbart worden, die gemäß Paragraf 100 Geschäftsordnung Landtag vorgeschriebene Beteiligung des Ältestenrates im Umlaufverfahren durchzuführen. Dieses ist am Donnerstag erfolgt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einspruch des Abgeordneten Stefan Köster gegen den Ausschluss von der 75. Sitzung des Landtages. Wer dem Einspruch des Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD, gegen den Ausschluss von der 75. Sitzung des Landtages zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Damit ist der Einspruch des Abgeordneten Stefan Köster abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Herr Dankert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Reinhard Dankert**, SPD (zur Geschäftsordnung): Ich möchte einen Dringlichkeitsantrag stellen im Namen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP. Die Tagesordnung soll um den Punkt „Aussprache zur Nichtannahmeentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes“ erweitert werden mit entsprechender Abstimmung.

(Udo Pastörs, NPD: So ein Unsinn!)

**Vizepräsident Andreas Bluhm**: Danke schön, Herr Abgeordneter Dankert.

Damit ist eine Erweiterung der Tagesordnung beantragt worden. Gibt es jemanden, der dafür sprechen möchte, neben der Antragsstellung? – Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? – Das ist auch nicht der Fall.

Sehen sich alle Fraktionen in der Lage, jetzt über den Dringlichkeitsantrag abzustimmen?

(Stefan Köster, NPD: Können Sie den bitte noch mal verlesen?)

„Aussprache zur Nichtannahmeentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes 2 BvR 2179/09“. Jetzt liegt er mir hier auch schriftlich vor.

Wird von der Fraktion der NPD gewünscht, dass er schriftlich verteilt wird? Dann würden wir an dieser Stelle die Sitzung für drei Minuten unterbrechen.

Herr Abgeordneter Borrmann zur Geschäftsordnung, bitte.

**Raimund Frank Borrmann**, NPD (zur Geschäftsordnung): Um über diesen Antrag debattieren zu können oder um über diese Sache debattieren zu können, müsste uns das Urteil doch komplett vorliegen beziehungsweise ausgeteilt werden.

(Mathias Brodkorb, SPD: Internet! Einmal im Internet gucken!)

**Vizepräsident Andreas Bluhm**: Ich bin jetzt in einer etwas komplizierten Situation.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das war doch kein Geschäftsordnungsantrag!)

Eigentlich waren die Reden dafür und dagegen schon abgehandelt. Jetzt wird der Antrag verteilt und dann stimmen wir über die entsprechende Aufsetzung ab. Danach ist zu vereinbaren, mit welcher Redezeit gegebenenfalls eine Aussprache erfolgt. Ich unterbreche also die Sitzung bis 11.45 Uhr.

**Unterbrechung: 11.39 Uhr**

**Wiederbeginn: 11.46 Uhr**

**Vizepräsident Hans Kreher**: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Der Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP ist Ihnen inzwischen ausgeteilt worden. Es wurde auch schon über Rede und Gegenrede abgestimmt.

Jetzt geht es darum, dass wir über den Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung abstimmen. Wer für die Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der SPD, der CDU und der FDP, aber Ablehnung der Fraktion der NPD angenommen.

Meine Damen und Herren, wir müssen noch einmal für zehn Minuten unterbrechen, weil sich die Parlamentarischen Geschäftsführer über die Redezeit einigen müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Gabriele Měšťan, DIE LINKE:  
Wir haben uns schon geeinigt. –  
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:  
Keine Unterbrechung. –  
Reinhard Dankert, SPD: Ist okay.)

Mir wurde eben gesagt, dass wir nicht unterbrechen müssen, da sich die Parlamentarischen Geschäftsführer schon geeinigt haben.

### **Aussprache zum Thema Nichtannahmeentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes 2 BvR 2179/09**

Block III, also 60 Minuten, ist für das Thema vereinbart worden. Wir können die Tagung fortsetzen. Ich eröffne damit die Aussprache.

Das Wort hat zunächst zur Einbringung der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

**Heinz Müller**, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

(Michael Andrejewski, NPD:  
Deshalb haben wir auch Hartz IV.)

Dieser Satz steht als erster Satz im Text unseres Grundgesetzes.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:  
Deshalb die Vertreibung der Deutschen.)

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, das ist für die Demokraten in diesem Hause und in diesem Land

(Michael Andrejewski, NPD:  
Eine hohle Phrase.)

ehernes Fundament unserer politischen Überzeugung und Grundlage unseres politischen Handelns.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:  
Das ist aber ganz schön angerostet. –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, steht im ersten Satz des Grundgesetzes, meine Damen und Herren, und wir sollten den Text genau nehmen. Dort steht: „Die Würde des Menschen“,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das haben Sie doch jetzt schon mehrfach wiederholt. –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und da steht nicht: „Die Würde des deutschen Menschen“, sondern dieser Satz gilt für alle Menschen.

(Michael Andrejewski, NPD:  
Nee, nicht für uns. –  
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:  
Sie haben ja gar keine Würde.)

Und deswegen wollen wir als Demokraten die Menschenwürde jedes Menschen schützen.

(Michael Andrejewski, NPD: Aber doch nicht unsere, ich bitte Sie! – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Und das, meine Damen und Herren, unterscheidet uns von der NPD, unterscheidet uns von Nazis, die die Menschenwürde mit Füßen treten,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

so, wie Herr Köster Menschen mit Füßen tritt. Sie treten die Menschenwürde mit Füßen, wenn Sie einen Fußballnationalspieler beschimpfen und beleidigen, nur weil seine persönlichen Wurzeln in der Türkei liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Detlef Müller, SPD: Sehr richtig. – Raimund Frank Borrmann, NPD:

Der kann ja in der türkischen Nationalmannschaft spielen. – Udo Pastörs, NPD: Wir müssen ihm ja nicht zujubeln, wenn er ein Tor schießt.)

Der Präsident des Deutschen Fußballbundes Theo Zwanziger hat Ihnen darauf die richtige Antwort gegeben. Ich darf zitieren. Theo Zwanziger sagt: „Wir sind stolz darauf, dass Mesut Özil deutscher Nationalspieler ist.“

(Udo Pastörs, NPD: Das ist aber kein Deutscher.)

„Dies ist das Zeichen für das Deutschland, das sich der DFB wünscht – ein freies, tolerantes und selbstbewusstes Land,“

(Raimund Frank Borrmann, NPD: In dem es keine Deutschen mehr gibt. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„in dem kein Platz für nationalistisches Denken und Rassismus ist, wie es die Wirrköpfe der NPD zu verbreiten versuchen.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Hier spricht der Präsident des Deutschen Fußballbundes, glaube ich, allen Demokraten aus der Seele.

(Stefan Köster, NPD: Haben Sie eine?)

Sie treten die Menschenwürde mit Füßen, wenn Sie Menschen bedrohen und verfolgen, die für eine demokratische Partei auf einem Plakat Wahlkampf machen, und Sie verfolgen sie nur, weil dieser Mann eine schwarze Hautfarbe hat. Das ist Verletzung der Menschenwürde.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Sie verletzen die Menschenwürde, indem Sie auf Plakaten, wie sie in Löcknitz gehangen haben, Menschen mit Aasvögeln gleichsetzen.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Das ist Verletzung der Menschenwürde.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und ich darf ein weiteres Zitat anfügen. Es ist ein Zitat aus dem heutigen „Nordkurier“ aus dem Kommentar von Uwe Reißerweber. Herr Reißerweber schreibt: „So zeigen die Plakate drei Krähen, von denen eine nach einem Bündel Geldscheine pickt. Laut Karlsruhe wird genau damit die Menschenwürde verletzt, denn dadurch werde den in Deutschland lebenden Polen das Lebensrecht als gleichwertige Persönlichkeiten abgesprochen –“

(Stefan Köster, NPD: Was für ein Unfug!)

„sie würden als minderwertige Wesen behandelt. Eine schmerzende Wahrheit“ – wie wohl, wie wohl –,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist der Hinweis, dass sie die meisten Nettokreditempfänger sind aus dem deutschen Steuersäckel. –

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie belasten das Steuersäckel.)

„die die Richter damit ausgesprochen haben. Denn gerade so platt agierten einst auch die Vorgänger der heutigen Nazis, die Menschen mit Ratten und Läusen gleichsetzten –“

(Udo Pastörs, NPD: Das tut die FDP doch auch.)

„auf Bildern, in Filmen, in Texten. Wohin ein solches Denken führt, ist bekannt. Es führt geradewegs nach Birkenau, Auschwitz und Buchenwald. Es führt auch ins zerstörte Dresden.“ So weit dieser Kommentar und er hat recht, einem solchen Weg werden wir uns entgegenstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

(Udo Pastörs, NPD: Wie in der Kirche, amen.)

„Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

(Michael Andrejewski, NPD: Leider halten Sie sich nicht daran.)

Der zweite Satz dieses Absatzes 1 des Artikels 1 des Grundgesetzes,

(Michael Andrejewski, NPD: Pseudorechts.)

sie, die Menschenwürde, zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Auch die der Minister.)

Und Sie haben hier versucht, dem Innenminister unrechtmäßiges und unredliches Verhalten zu unterstellen, nur weil er ganz genau diesen Auftrag des Grundgesetzes ausgeführt hat. Wir sagen, Herr Innenminister, das war absolut richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und Sie versuchen in gleicher Weise, hier den Landrat des Uecker-Randow-Kreises und die Polizei, die die Mitarbeiter des Landkreises beschützt hat,

(Michael Andrejewski, NPD: Wovor denn?)

in die Ecke zu stellen, dass sie etwas Illegales, Illegitimes und Rechtswidriges tun. Wir sagen, das, was der Landrat und seine Mitarbeiter getan haben und was die Polizei getan hat, das war Ausführen des Auftrages des Grundgesetzes.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und dann kommen Sie und meinen, Sie könnten ein demokratisches Grundrecht, das Grundrecht auf Meinungsfreiheit, für sich in Anspruch nehmen, vor das Verfassungsgericht ziehen und sagen, wir müssen doch für unsere Hetze Meinungsfreiheit genießen.

(Stefan Köster, NPD: Dürfen wir das nicht? –  
Irene Müller, DIE LINKE: Hetze nicht.)

Das Bundesverfassungsgericht hat Ihnen in seinem Beschluss

(Stefan Köster, NPD: Der ist ziemlich schmal. –  
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:  
Reicht vollkommen aus.)

darauf die richtige Antwort gegeben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Zunächst einmal stellt das Bundesverfassungsgericht fest: „Insbesondere ist es nicht abwegig, sondern liegt nahe, in der Kombination von Bild und Text einen Vergleich der in Deutschland lebenden Polen mit krähenartigen Vögeln, ‚die sich über Geld hermachen‘, und hierdurch die oben genannten Voraussetzungen eines Angriffs auf die Menschenwürde erfüllt zu sehen.“ So weit das Bundesverfassungsgericht. Das Bundesverfassungsgericht sagt hier in seiner juristischen Sprache, diese Hetzplakate der NPD sind ein Angriff auf die Menschenwürde.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ich darf ein zweites Zitat aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes bringen. Auch hier haben wir die typische Juristensprache, aber Sie alle werden sie in unser Deutsch übersetzen können: „Da die Menschenwürde im Verhältnis zur Meinungsfreiheit nicht abwägungsfähig ist ..., können die Belange der Meinungsfreiheit nach Bejahung der tatbestandlichen Voraussetzungen des § 130 ... nicht mehr berücksichtigt werden.“

Also es gibt keine Abwägung, was wichtiger ist, Menschenwürde oder Meinungsfreiheit. Wenn – und das ist hier der Fall – der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt ist, dann gibt es nichts mehr zu wägen, dafür können Sie Meinungsfreiheit nicht für sich geltend machen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank!)

dann ist die Menschenwürde das absolut zu schützende Gut.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Das Bundesverfassungsgericht hat also Ihnen – die Sie, wir wissen das, Feinde unserer demokratischen Grundfreiheiten sind,

(Stefan Köster, NPD: Wir  
leben nicht in einer Demokratie.)

und die diese Grundfreiheiten für sich nutzen wollen – die, wie ich finde, richtige Antwort gegeben.

Das Bundesverfassungsgericht, lassen Sie mich das sagen, meine Damen und Herren, hat in seinem Beschluss auch darauf hingewiesen, dass die Reaktionen in der Bevölkerung, die sehr stark Anstoß an Ihren Plakaten genommen hat und die sich wehrt gegen solche Plakate,

(Michael Andrejewski, NPD:  
Die Bevölkerung?! –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass dies für die Betrachtung des Sachverhalts durchaus bedeutsam ist.

(Michael Andrejewski, NPD:  
Sie sprechen nicht für das Volk. –  
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und ich möchte hier noch einmal sagen, was ich in der letzten Sitzung bereits gesagt habe, als wir Ihren Dringlichkeitsantrag, den Sie heute selber nicht mehr haben wollen, abgelehnt haben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir, die Demokraten in diesem Hause, sind stolz auf Schülerinnen und Schüler, die auf die Straße gehen gegen solche Plakate und die dagegen protestieren. Das ist richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Das haben die Schülerinnen und Schüler des deutsch-polnischen Gymnasiums getan.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, eine persönliche Bemerkung. Ich bin sehr stolz darauf, dass mein Sohn an diesem deutsch-polnischen Gymnasium vor einem Jahr das Abitur abgelegt hat,

(Udo Pastörs, NPD: Spricht fließend Polnisch.)

und ich bin sehr stolz darauf, dass meine Tochter in diesem deutsch-polnischen Gymnasium zur Schule geht,

(Udo Pastörs, NPD: Interessant zu wissen.)

denn ich finde es sehr gut, wenn junge Menschen aus verschiedenen Nationen schon in der Schule Kontakt zueinander haben, wenn Freundschaften über Grenzen hinweg geknüpft werden, wenn Völkerfreundschaft im besten Sinne des Wortes entsteht. Das ist tausendmal besser als nationalistische Hetze.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ein früherer Bundeskanzler hat seine Regierungserklärung nach der Wahl einmal unter das Motto gestellt: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein.“ Meine Damen und Herren, dieser Satz: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“, gilt für alle unsere Nachbarn,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:  
Nur nicht für uns. –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

aber er gilt vielleicht für unsere polnischen Nachbarn in besonderer Weise.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das hat natürlich etwas mit räumlicher Nähe zu tun, das hat aber auch etwas mit historischer Verantwortung zu tun. Wir sollten alle noch einmal reflektieren, was gestern in, wie ich finde, außerordentlich bemerkenswerten Reden von Norbert Nieszery, Harry Glawe, Helmut Holter und Hans Kreher ausgeführt worden ist. Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, zu allen unseren Nachbarn,

(Udo Pastörs, NPD: Zu guten Nachbarn, ja.)

aber vor allen Dingen zu unseren polnischen Nachbarn, an die wir unmittelbar angrenzen. Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein in einem umfassenden Sinne.

Wir brauchen und wir wollen gute politische Beziehungen. Wir brauchen und wir wollen gute Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Wir brauchen die Begegnung der Jugend. Wir wollen miteinander arbeiten auf allen gesellschaftlichen Ebenen, im Sport, in der Kultur, in der Wissenschaft. Dieses, meine Damen und Herren, ist der Wunsch der Demokraten in diesem Hause für deutsch-polnische Beziehungen. Und dieser Wunsch geht Stück für Stück in Erfüllung.

Natürlich ist Polen erst seit fünf Jahren Mitglied der Europäischen Union und die Mitgliedschaft im Schengen-Abkommen ist noch kürzer, aber Beziehungen entwickeln sich und sie entwickeln sich sehr positiv.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:  
Bis wir keine Deutschen mehr sind.)

Wir alle, die in der Grenzregion wohnen – und ich habe zur deutsch-polnischen Grenze etwa zehn Kilometer Entfernung –,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

wir alle in der Grenzregion und in diesem Land finden, dass das eine sehr gute Entwicklung ist und dass diese Entwicklung weitergehen muss, dass wir sie stärken und dass wir sie fördern müssen.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,  
und Stefan Köster, NPD)

Da können wir braune und chauvinistische Hetze nicht gebrauchen, sondern wir wollen Freundschaft mit unseren Nachbarn, wir wollen ein gutes Zusammenleben und nicht menschenverachtende Plakate gegen diese polnischen Bürger.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Brauner Volksverhetzung, Rassenwahn, Nationalismus, Ausländerhass stellen wir uns entgegen. Das gilt für LINKE, das gilt für Sozialdemokraten, das gilt für christliche Demokraten, das gilt für Liberale, das gilt für das deutsch-polnische Gymnasium, den Deutschen Fußballbund, das gilt für das demokratische Deutschland,

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD,  
und Udo Pastörs, NPD)

und wir sind sehr froh, dass es auch ganz klar und eindeutig für das Bundesverfassungsgericht gilt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe überlegt, ob ich an dieser Stelle schließe oder noch einen Satz anfüge – ich füge ihn an.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, machen Sie mal  
noch ein bisschen! Das ist belustigend.)

Ich wohne, wie gesagt, nicht sehr weit von der Grenze entfernt. Wenn ich nur wenige Hundert Meter weitergehe, dann ist dort das nächste Haus. In diesem Haus wohnt eine Familie, der Vater ist Deutscher, die Mutter ist Polin, ein paar Kinder gibt es auch. Ich weiß jetzt gar nicht, ob das Deutsche oder Polen sind, aber es sind süße Kinder. Das ist für mich entscheidend. Es sind süße Kinder!

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,  
und Udo Pastörs, NPD)

Diese Kinder fahren mit ihrem kleinen Fahrrad durch die Straße, kommen zu mir und kommen zu meinen Hunden. Meine Hunde merken, das sind Kinder, und meine Hunde reagieren sehr instinktiv,

(Stefan Köster, NPD: Zum Thema!)

bringen ihr Stöckchen zu den Kindern, spielen mit den Kindern und gehen ganz einfach und ganz offen auf diese Kinder zu.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Manchmal glaube ich, diese Hunde, die nur auf ihren Instinkt und aus ihrer Erfahrung heraus handeln, sind tausendmal klüger

(Raimund Frank Borrmann, NPD:  
Als Krähen, als Krähen, als Krähen!)

als jeder, der nationalistische Hetze verbreitet, die sind tausendmal klüger als Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Müller.

Meine Damen und Herren, es wurde eine Redezeit von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

(Irene Müller, DIE LINKE:  
Muss man sich das antun?!)

**Michael Andrejewski, NPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einmal ein bisschen Ordnung in den Salat von Herrn Müller bringen. Zunächst einmal ist es keineswegs einheitliche Meinung der Rechtsprechung und der Justizbehörden, dass diese Plakate tatsächlich volksverhetzend wären.

Immerhin hat das Verwaltungsgericht Greifswald eine ganz andere Auffassung vertreten. Das Verwaltungsgericht Greifswald ...

(Andreas Bluhm, DIE LINKE, und  
Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Das Bundesverfassungsgericht! –  
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wollen Sie vielleicht behaupten, dass das Verwaltungsgericht Greifswald aus lauter Vollidioten besteht, die keine Ahnung haben von Recht?!

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Es würde mich nicht wundern, wenn die Richter schon verhaftet sind, weil sie wahrscheinlich auch schon als Staatsfeinde gelten, weil sie für uns entschieden haben.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Wo leben  
Sie denn? – Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Die arbeiten nicht mit Ihren Methoden.)

Sie verkennen hier die Natur eines Urteils. Ein Urteil ist kein Wahrheitsspruch. Ein Urteil ist ein Schieds- und Machtspruch. Es ist noch lange nicht gesichert, dass Bundesverfassungsgerichte automatisch mehr Ahnung haben müssen von Strafrecht als etwa der Generalstaatsanwalt von Sachsen.

(Angelika Peters, SPD: Ach, Sie  
suchen sich das wohl immer aus, was?! –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber sie haben  
entschieden, sie haben entschieden.)

Der Generalstaatsanwalt von Sachsen und das Verwaltungsgericht von Greifswald haben für uns entschieden, auf der anderen Seite haben zwei andere Gerichte gegen uns entschieden. Wie unabhängig das Bundesverfassungsgericht ist, darüber kann man nachdenken. Wenn ich mir vorstelle, dass morgen Uli Hoeneß zum Schiedsrichter ernannt wird und das entscheidende Spiel Bayern gegen HSV pfeift, würde wahrscheinlich jeder sagen, der könnte doch so ein bisschen interessengeleitet sein,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Verunglimpfen Sie jetzt das höchste deutsche Gericht? – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

aber Verfassungsrichter werden nach Parteibuch ausgewählt. Der letzte, der ernannt wurde, Herr Voßkuhle, wurde von der SPD vorgeschlagen. Wie unabhängig der ist, darüber kann man nachdenken.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich bin davon nicht so hundertprozentig überzeugt. Da war der politische Druck wohl zu hoch.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Irene Müller, DIE LINKE: Ob Sie überzeugt sind oder nicht, das interessiert doch keinen Menschen.)

Und warum haben der Generalstaatsanwalt von Sachsen und das Verwaltungsgericht von Greifswald dort keine Volksverhetzung gesehen? Die haben all das nicht nachvollzogen, was Herr Müller hier behauptet hat.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sie sind vor allem davon ausgegangen, richtigerweise, dass der Tatbestand Volksverhetzung sich nur bezieht auf Menschen, die in Deutschland leben,

(Angelika Peters, SPD: Und trotzdem müssen Sie sie abnehmen, da können Sie schönreden, wie Sie wollen. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

nicht welche, die draußen sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Natürlich, das ist der Volksverhetzungsparagraf, das hat der Generalstaatsanwalt von Sachsen ganz klar gesagt.

(Angelika Peters, SPD: Wir sind nicht in Sachsen, wir sind hier.)

Dort hingen dann sechs Wochen lang die Plakate unbeanstandet, aber die Gerichte haben einen kleinen Zaubertrick gemacht. Sie haben das Wort „stoppen“, was nur heißt, etwas, was von draußen kommt, aufhalten, uminterpretiert in „raus“. Sie machen aus „stopp“ „raus“ und wenn die Worte natürlich unendlich interpretierbar sind, kann man alles Mögliche zusammenurteilen.

Worum geht es hier überhaupt? Es geht um eine ganz spezielle Ordnungsverfügung, die über alle Instanzen wieder in Kraft gesetzt worden ist. Ich darf Sie aber darauf hinweisen, sie bezieht sich nur auf ein ganz spezielles Plakat

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja.)

mit einer ganz besonderen Text- und Bildkombination.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Und genau das Plakat soll weg. Das ist wichtig. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir haben jetzt also eine Gebrauchsanweisung, wie wir in Zukunft Plakate mit ganz ähnlicher Aussage gestalten werden,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

die genau an der Strafbarkeit beziehungsweise Rechtswidrigkeit vorbeisegeln werden, und das machen wir auch. Vielleicht machen wir im nächsten Wahlkampf zehn verschiedene Variationen. Jedes Mal, wenn eine verboten wird, kommt die nächste.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, viel Spaß!)

Und es wird schwer sein, sie zu verbieten, weil wir jetzt genau wissen, wo die Grenze von verfassungsgerecht ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie so viel Geld?)

Wir haben das Geld, das können wir alles machen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir haben jetzt auch Geld genug für Plakate, wie Sie gesehen haben.

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Irene Müller, DIE LINKE)

Seltsam ist auch, dass die Strafverfolgungsbehörden überhaupt nicht tätig geworden sind. Wenn die Staatsanwaltschaften auch hier in Mecklenburg-Vorpommern der Auffassung gewesen wären, der Tatbestand der Volksverhetzung wäre erfüllt, ein Anfangsverdacht bestünde, dann wären sie verpflichtet gewesen, vorzugehen und die Dinge einzukassieren, zu beschlagnahmen als Tatwerkzeuge oder als Beweisstücke. Das haben sie alles nicht gemacht. Das heißt, wir leben in einem Land, in dem die Rechtssicherheit folglich überhaupt nicht mehr besteht, in der alles geteilt ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch völliger Quatsch!)

in der der Generalstaatsanwalt von Sachsen sagt, es ist kein Problem, die können da hängen, in dem das Oberverwaltungsgericht sagt, es sei besser im Strafrecht als der Generalstaatsanwalt, und mal eben Strafrecht macht, in dem es reine Glückssache ist, ob ich irgendwo vor Gericht komme oder nicht.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Jedenfalls sprechen auch bei uns gute Gründe und es ist rein politischer Druck, dass das hier so gekommen ist.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Zur Sache: Gerade eben habe ich einem polnischen Fernsehsender ein Interview gegeben. Ich mache das gerne, weil ich weiß, dass Ihnen das wehtut, wenn die NPD in der polnischen Presse erscheint. Das trifft Sie am meisten, nicht?!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, Sie stellen sich doch selber bloß. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die haben mich gefragt, warum ich Polen hassen würde. Ich habe ihnen gesagt: Was wollen Sie eigentlich? Mein Name ist Andrejewski. Mein Urgroßvater war Pole. Sie können mir also keinen Rassismus vorwerfen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ihr Großvater würde sich im Grabe umdrehen. – Zurufe von Ministerin Manuela Schwesig und Irene Müller, DIE LINKE)

Wenn ich ein Rassist wäre und die Polen wären minderwertig, wenn ich das behaupten würde, dann wäre es so, dass ich sagen würde, Herr Müller wäre mir rassistisch überlegen. Er würde einer höheren Rasse angehören, weil er Deutscher ist, ohne polnische Vorfahren. Das kann ja wohl nicht sein! Eine höhere Rasse stelle ich mir anders vor, Herr Müller. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Irene Müller, DIE LINKE: Aha!)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Um das Wort hat noch einmal gebeten der Abgeordnete Herr Heinz Müller von der Fraktion der SPD. Herr Müller, Sie haben das Wort.

(Udo Pastörs, NPD: Vergessen Sie den Hund nicht, Herr Müller!)

**Heinz Müller, SPD:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es dem Herrn Andrejewski in den Kram passt und er meint, ein Urteil für seine Zwecke ausschachten zu können, dann nimmt er gerne Urteile höchster deutscher Gerichte

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Frank Borrmann, NPD)

und stellt sie als sozusagen unangreifbare Weisheit hin.

(Barbara Borhardt, DIE LINKE: Genau.)

Nun, da ein höchstes deutsches Gericht, nämlich das Bundesverfassungsgericht, eine Entscheidung getroffen hat, die ihm überhaupt nicht passt,

(Stefan Köster, NPD: Damit können wir leben.)

fängt er an und überlegt, ob denn Gerichte eigentlich immer im Besitz der allein selig machenden Wahrheit sind oder ob nicht dort auch Menschen agieren.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ein Teil des rechtsstaatlichen Systems, dass wir Gerichtsurteile auch durch weitere Instanzen überprüfen lassen können,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

und dass dabei unterschiedliche Ergebnisse zutage kommen, ist nicht selten.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Aber es gibt ein festgelegtes Verfahren, wer am Ende die Letztentscheidung trifft, und in diesen Fragen ist das das Bundesverfassungsgericht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Michael Andrejewski, NPD: Es gibt trotzdem ernstzunehmende andere Meinungen.)

Und wenn Sie diesen Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes sehen, dann steht ein schöner knapper und sehr einfacher Satz darunter:

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

„Diese Entscheidung ist unanfechtbar.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist das Gute an Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, sie sind unanfechtbar.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber eins, meine Damen und Herren – und da richte ich meine Worte jetzt an die Demokraten und auch an die Landesregierung –, sollten wir sehr wohl hören: Die Ankündigung, die Herr Andrejewski hier gemacht hat, sollten wir ernst nehmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Er hat sehr klar angekündigt, man werde kriminelle Inhalte – und das, was Sie machen, ist kriminell, Volksverhetzung ist ein Straftatbestand –, er wolle kriminelle Handlungen zukünftig so tarnen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass es nicht gelingt, sie einfach als solche hinzustellen und entsprechend zu ahnden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Eine solche Auffassung eines Kriminellen, der hier meint, er muss seine kriminellen Handlungen zukünftig besser tarnen, haben wir sehr wohl zur Kenntnis genommen, Herr Andrejewski.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich sage Ihnen, die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland wird Ihnen darauf eine Antwort geben.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ja, die Menschenwürde aberkennen.)

Ein Letztes, meine Damen und Herren: Das, was das Bundesverfassungsgericht hier getan hat, ist sehr gut. Ich glaube, alle Demokraten sind mit dieser Entscheidung sehr glücklich und sehr einverstanden.

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, und Michael Andrejewski, NPD)

Die juristische Auseinandersetzung mit faschistischem, mit nationalistischem, mit rassistischem Denken werden und müssen wir führen. Dafür ist auch die Justiz da. Vor allen Dingen ist aber dafür die demokratisch verfasste Gesellschaft da. Deswegen habe ich vorhin eine wichtige gesellschaftliche Organisation – den Sport – beispielhaft mit diesem Zitat von Herrn Zwanziger herausgegriffen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Ruft mal die Fischer zuhilfe und die Milchbauern und die arbeitslosen Mitarbeiter! Die könnt ihr alle zur Hilfe rufen. Die werden euch eines Tages retten.)

Wir, die Demokraten der unterschiedlichen politischen Richtungen in Parteien, in gesellschaftlichen Organisationen, bei Sport und Kammern, bei Gewerkschaften, bei Sozialverbänden, wir alle werden diese Auseinandersetzung mit Ihrem Gedankengut führen. Und machen Sie sich keine Hoffnung: Wir werden sie gewinnen!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Herr Andrejewski, Sie haben eben während der Rede den Abgeordneten Müller beschimpft. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,  
Michael Andrejewski, NPD, und  
Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Damit ist die Aussprache beendet. Ich schließe die Aussprache.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 21. Oktober 2009, 10.00 Uhr ein. Damit ist die Sitzung geschlossen.

**Schluss: 12.12 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Norbert Baunach, Sylvia Bretschneider, Lorenz Caffier, Jörg Heydorn, Dr. Armin Jäger, Vincent Kokert, Torsten Koplin, Matthias Lietz, Dr. Marianne Linke, Peter Ritter, Michael Roof, Volker Schlotmann, Peter Stein, Karin Strenz und Dr. Gottfried Timm.